

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einzeln. in der Post-Zeitungs-Verwaltung für 1893 unter Nr. 6703.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Spezialdruck-Anstalt
Ant. J. Nr. 4186

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Agrarischer Hochmuth.

Die Unerkennung unserer Agrarier ist sprichwörtlich geworden. Ihre Begehrlichkeit kennt keine Grenze, ihre nackte Interessen-Deinagogie schreckt vor nichts zurück. Indes alle ihre Leistungen auf diesem Gebiete scheinen in den Schatten gestellt zu sein durch die neuesten Heberversuche, welche das Land über sich ergehen lassen muß.

Im Reichstage eröffnen die „nothleidenden Landwirthe“ eine Kanonade gegen den neuen Kurs, aus reinem Uebermuth, denn das jetzige Ministerium setzt die Gesandtenpolitik des agrarischen Hausmeiers a. D. unentwegt fort. Im Lande veranstalten die Junker „Volks“-Bewegungen gegen die Regierung, und in ihrer Presse klagen sie über Bedrückung der Landwirtschaft und drohen mit Aufruhr.

Was wollen die Herren eigentlich?

Der Staat schenkt ihnen Privilegien und Baargeld auf Kosten der Gesamtheit, ja, er geht sogar soweit, wie es selbst unter dem Großgrundbesitzer Bismarck, der bekanntlich die innere Politik auf Fällung seiner Tasche einrichtete, kein Agrarier für möglich gehalten hätte. Er erläßt den Grundbesitzern die staatliche Grundsteuer. Daneben bleibt den brandweinbrennenden Landwirthen die Liebesgabe von jährlich 40 Millionen Mark ungeschmälert erhalten und der Getreideschutzoll von 3,50 M. — nach Bismarck ein so unerhörtes Geschenk, daß der verrückteste Agrarier es zu hoffen nicht wagen würde — hat nach wie vor Gültigkeit.

Nun, der Staat opfert die Gesamtinteressen einem einzigen Stande in so ausgiebiger Weise, daß ihm zu thun fast nichts mehr übrig bleibt.

Und trotz alledem erheben unsere Agrarier ein müßiges Geschrei gegen die Handelsvertrags-Politik der Regierung mit Rußland. Die Herren Graf Mirbach, Graf Kanitz, v. Puttkamer-Plauth, von Mantuffel, von Thüngen-Rosbach, und wie die Leuchten der Landwirtschaft alle heißen, haben sich sogar an die Spitze einer Gründung gestellt, welche nächsten Sonnabend unter dem Namen „Bund der Landwirthe“ zusammengetreten werden und die „Abwehr gegen Bedrückung der Landwirtschaft“ praktisch in die Wege leiten soll. Das Burschenschaftliche aber leisten die Herren von Thüngen-Rosbach in Unterfranken und von Herzberg-Lottin im Osten, die sich erdreisteten von „Rücksichtslosigkeit der Regierung gegen die Vertreter der Landwirtschaft“ zu reden. Worte wie: „Wir wollen nicht länger Padesel der Regierung sein, dem man glaubt alles aufbürden und das letzte Mark aus den Knochen ziehen zu können“ — kennzeichnen die Heuchelei und Unerkennung der Partei des Herrn von Herzberg-Lottin sowie den Geist, von dem diese Apterpatronen besetzt sind. Endlich, damit das ohrenzerreißende Ragenkonzert auch vollständig sei, läßt man den „gewissen“ Herrn Arendt eine Debatte über Einschränkung der Freizügigkeit im Landtage vom Zaune brechen. Und das alles um die Omelette von 1/2 M. Zollermäßigung an Rußland.

Betrachten wir die Sache vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, so muß zunächst erwähnt werden, daß unsere Landwirthe trotz des nach Milliarden von Mark sich beziffernden Geschenkes, welches man ihnen auf Kosten der Steuerzahler in 2 Dezennien darreichte, nicht vermocht haben, den Körnerbau so zu heben, daß wir in unserer Ernährung vom Auslande unabhängig wären. Wir müssen auch heute noch ein Zehntel unseres Getreides vom Auslande beziehen. Agrarstaat also sind wir nicht. Folglich müssen wir Industriestaat werden. Denn oberster Grundsatz der Volkswirtschaft ist, die Ausfuhr so zu heben, daß sie die Einfuhr der fremden Produkte übersteige. Nur, wenn wir diese mit eigenen Produkten beglichen können, giebt es eine aktive Handelsbilanz. Der Staat würde selbstmörderisch handeln, der diesen Grundsatz außer Acht ließe. Es ist also selbstverständlich, daß wir bestrebt sind unseren Kohlen, unserem Eisen, unserer gesamten Industrie auf jede Weise neue Absatzquellen zu erschließen. Wenn wir nun Rußland bewegen können, seine Zölle auf unsere Industrie-Erzeugnisse herabzusetzen, so daß diese in Rußland konkurrenzfähig werden, so wäre es Tollheit, wollte die Regierung an den Differentialzöllen Rußland gegenüber festhalten, nur um das Wohlwollen der Herren v. Mirbach und v. Thüngen-Rosbach nicht zu verzerren. Wir, unsererseits, wären sogar damit einverstanden, wenn der Staat auf den ganzen 5 Mark-Zoll verzichtete — es handelt sich bei den Zollverträgen mit Rußland bekanntlich nur um Gleichstellung des russischen Getreides mit dem der anderen Vertragsländer (3 1/2 M.) — auch ohne Gegenleistung Rußlands. Erhielte doch der Arbeiter durch Befreiung der Lebensmittelzölle billigeres Brot und brauchte er nicht bei jedem Bissen, den er genießt, die Taschen der abligen Feudalherren zu füllen. Nun bietet sich hier Gelegenheit, nicht nur Deutschland mit billigeren Lebensmitteln versorgen zu können, sondern auch der Industrie auf die Weine zu helfen, und da verlangen die „nothleidenden“ Agrarier, daß sie desto besser zu praßen vermögen. So sehr ist diesen Egoisten unter der Bismarck'schen Interessenpolitik das Gefühl für Scham und Anstand abhanden gekommen, daß sie nicht einmal merken, welche schmachliche Buchererrolle sie spielen.

Mag der Staat diesen Latifundienbesitzern so viel in den Rücken werfen, wie er wolle, nie wird er sie zufrieden stellen. Sie wehklagen stets über die Noth der Landwirtschaft. Sind die Getreidepreise hoch, so jammern sie aber den Zwischengewinn der Börse, welche alsdann mit ihnen Hand an der Ausraubung der Konsumenten arbeitet. Sind die Preise niedrig, so fordern sie „Schutz der nationalen Arbeit“ d. h. neue Zölle. Ihre Arbeiter bezahlen sie menschenunwürdig und behandeln sie wie Vieh. Laufen sie ihnen davon, so verlangen sie Leibeigenschafts-Gesetze von der Regierung. Und diese kommt ihnen entgegen, soweit sie kann. Heimstätten-Gesetzgebung, strengere

Bestrafung des Kontraktbruchs, Abänderung des Unterstützungswohngesetz, das Alles sind solche kleine Liebenswürdigkeiten der Regierung gegen den Landadel. Zum Glück wird diesem sein Geschrei nach Beschränkung der Freizügigkeit nicht mehr nützen, da sich das Selbstständigkeitsgefühl der ländlichen Arbeiter zu regen beginnt.

Sobann fordern die Agrarier, daß das Reich seine Währung verschlechtere und sich zum Silber bekenne, damit sie als verschuldete Großgrundbesitzer einen Theil ihrer Schuldenlast abwälzen und den Preis für ihre Produkte erhöhen können. Endlich verlangen sie Sinekuren für ihre Söhne im Militärstand. Und wenn ihnen der Staat diese Sinekuren im Militär- und höheren Beamtenstand gewährt, dann prahlen sie, wie Herr von Herzberg-Lottin, mit ihrem Patriotismus für Thron, Altar und Vaterland, der natürlich sofort einen Riß bekommt, wenn er sich nicht als Baargeld für ihrenbeutel umsehen läßt.

Die Unerkennung der Agrarier ist so groß, daß sie nicht eher gestillt sein wird, bis der Staat alle ihre Wünsche erfüllt haben und noch dazu die Schulden getilgt haben wird, welche sie durch ihr ungezügelt ausschweifendes Leben auf den Grund und Boden angehäuft haben.

Daß es so weit nicht kommen wird, dafür sorgt die Annahme der Großgrundbesitzer selber und der gesunde Sinn des Volkes. Die Gebuld des Volkes ist schon zu lange von der Agrarpartei gemißbraucht worden, als daß man ihr noch mehr zumuthen sollte. Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht, und Hochmuth kommt vor dem Falle.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Februar.

Aus dem Reichstage. Herr Müllensiefen, der Abgeordnete für den Bochumer Wahlkreis (6. Wahlkreis des Regierungsbezirkes Arnberg), bekannt durch seine den Bergleuten gegebenen feierlichen Wahlversprechungen, die er natürlich mit nationalliberaler Schneibigkeit nicht gehalten hat, ist zu seinem Mandat durch die böseartigsten Machenschaften und Beeinflussungen gekommen. Gegen seine Wahl war ein Protest erhoben worden. Das Ergebnis der von der Wahlprüfungskommission angestellten und veranlaßten Untersuchungen führten (laut Bericht vom 10. Februar 1893) zu dem Kommissionsbeschlusse, den Reichstag aufzufordern, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl Müllensiefen's auszusprechen und durch den Reichskanzler neue Erhebungen anzustellen. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Militärpensionsgesetze vom 27. Juni 1871 und 4. April 1874, zugegangen. Die dem Reich durch den Gesetzesentwurf erwachsenden Mehrkosten betragen im ersten Jahre

vornherein, daß kein Einwand von irgend jemanden erhoben werden würde.

„Würden Sie übrigens,“ fragte Sina sich an Lena wendend, „während meiner Abwesenheit meinen Platz einnehmen?“

Lena antwortete, daß es ihr sehr angenehm wäre, sofort irgend eine Arbeit ergreifen zu können.

Sina gab ihr eine Anzahl von Details an, aus welchen sie die Größe ihrer Aufgabe erkennen konnte — Propaganda unter der gebildeten Jugend, Propaganda unter den Arbeitern, und geheime Korrespondenz mit den Gefangenen der Festung.

„Ich weiß nicht, ob ich dies alles werden leiten können; besonders der Korrespondenz glaube ich nicht gewachsen zu sein, da ich bis jetzt nichts von dem weiß, was vorgeht.“

Gregor versprach, ihr diese Aufgabe abzunehmen, und erbot sich, ihr auch in der andern Arbeit eine Zeit lang beizustehen.

„Sie werden sich sehr rasch überall eingelebt haben,“ sagte er heiter. „Morgen werden wir einen jungen Studenten, einen Freund von mir, der Mitglied eines Klubs ist, besuchen; durch ihn werden Sie alles übrige erfahren. Im anderen Klub haben Sie bereits eine Bekanntschaft gemacht.“

„Mit wem?“

„Mit Tanja Repina, die Sie soeben gesehen haben.“

„Oh, das ist sehr angenehm,“ sagte Lena.

„Ist Tanja hier gewesen? Ist etwas Besonderes vorgefallen?“ fragte Sina.

In der Erregung, welche durch die Dubrawnik'schen Nachrichten hervorgerufen wurden, hatten sie alle den kleinen Vorfall einer Haussuchung bei Repin vergessen.

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

[16

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Gegen zwölf gefellten sich Sina und Wassilj Werbitsky zu ihnen, welche letzterer mit Lena zusammen von Genf angekommen war. Andrej hatte das ihnen gegebene Versprechen, für ihre eilige Rückkehr zu sorgen, erfüllt.

Sina war im höchsten Grade aufgeregt. Selbst Wassilj's unerschütterliches Gesicht zeigte einige Spuren der Erregung.

„Was giebt's?“ fragte Gregor.

Sina erklärte es ihnen, indem sie sofort einen Brief ans Dubrawnik vorlas, welcher voll haarsträubender Einzelheiten über die Mißhandlung der politischen Gefangenen war, die in einer unerhörten That alles bisher Bekannte überstieg. Auf Befehl des Untersuchungsrichters war ein junges Mädchen in Gegenwart der Schlichter und Gendarmen ganz entkleidet worden unter dem Vorwande, daß die Gefängnisordnung vorschreibe, ein ganz genaues Signalement der Gefängnisinsassen aufzunehmen.

Die Nachrichten wurden mit Tobtenstille aufgenommen. Die Freude über das Zusammentreffen mit den Freunden war geschwunden. Der düstere Geist der Rache erhob sich über sie und jeder brütete über dieselben grimmigen Gedanken.

„Dies darf nicht ungerächt bleiben!“ Ein schreckliches Exempel muß statuiert werden!“ riefen Lena und Gregor fast zu gleicher Zeit aus.

Andrej sagte nichts, da er für unnötig hielt über etwas zu sprechen, das so selbstverständlich war.

Dasselbe scheinen auch die Leute von Dubrawnik beschloßen zu haben,“ sagte Sina, „denn sie bitten uns in ihrem Briefe, ihnen eine erfahrene Frau zu senden, welche eine Wohnung für Verhördere halten könnte. Ferner verlangen sie einen erfahrenen Mann mit kühlem Kopfe und fester Hand.“ „Ich will dieser Mann sein!“ rief Andrej hastig aus.

„Nein,“ fiel Wassilj mit seiner langsamen und trügen Stimme ein, ich sagte Sina, bevor wir hierherkamen, daß ich gebe.“

Dies bestätigte Sina und fügte hinzu, daß es sicherlich besser wäre, wenn Wassilj ginge. Die Prioritätsfrage war natürlich unwesentlich, aber Andrej hatte schon einige werthvolle Beziehungen in Petersburg angeknüpft, und hatte seine wirkliche Arbeit schon begonnen; Wassilj dagegen war eben erst angekommen und war so geeignet, wie kaum ein anderer für das in Dubrawnik geplante Unternehmen.

„Gut, mag es so sein,“ sagte Andrej. „Wenn Ihr aber zufällig sonst jemand brauchen solltet, habt Ihr es mich nur wissen zu lassen.“

In der Wahl der Frau, die hingehen mußte, konnte keine getheilte Meinung herrschen. Sina war bereits in Dubrawnik gewesen; alle Rechte waren auf ihrer Seite; auch eignete sie sich am besten dazu.

So waren beide Freiwillige gefunden. Die Angelegenheit sollte der nächsten Versammlung des Komitee's vorgelegt werden, dem die endgiltige Entscheidung zustand. Dies war aber nur eine Formalität. Sie wußten von

3/4 Millionen Mark jährlich, im Höhepunkt der Belastung (nach 10 Jahren) 3 Millionen Mark jährlich. Von der Ausgabe des ersten Jahres entfallen auf den Reichs-Zentralfonds 3 Millionen Mark.

Gegen den Handelsvertrag mit Rußland zogen, wie im Reichstag, auch in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Agrarier zu Felde. Den Anlaß bildete eine diesbezügliche Petition des landwirtschaftlichen Zentralvereins. Nachdem der Antrag des konservativen Abg. Arent, welcher der Regierung ein förmliches Mißtrauensvotum erteilte, zurückgezogen war, traten die beiden konservativen Parteien für den Antrag Dziembowski ein, welcher die Staatsregierung ersuchte, im Bundesrathe, im Anschluß an die auf Grund der Wirkungen der Handelsverträge mit Oesterreich, Italien und der Schweiz gemachten Erfahrungen, die Interessen der Landwirtschaft und Industrie im russischen Handelsvertrag ausgiebig zu wahren. Der Ministerpräsident, Graf Culenburg, lehnte es ab, auf den Inhalt der Petition einzugehen, und erklärte es für selbstverständlich, daß die Regierung die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie wahr. Es folgten nun die üblichen agrarischen Klagen der Abgg. v. Grösa, v. Schalscha, v. Kardorff, v. Minnigerode und Szmla. — Herr v. Kardorff ritt hier wieder sein Stedenspeder der Silberwährung und offenbarte als Ergebnis seiner Weisheit, daß Irland von England durch den Freihandel und die Goldwährung vernichtet sei.

Wie für die Militärvorlage Stimmung gemacht wird, darüber wird uns aus Hochstraß bei Moers gemeldet: Von den hiesigen Liebhabern des Ordnungsbreits ist speziell für Hoch-Emmerich ein Mann gemietet, der von Haus zu Haus mit einer Liste für die Militärvorlage geht, in die, wenn der Inhaber der Wohnung nicht daheim ist, die Frau den Namen ihres Mannes eintragen kann. Der Unterschriftensammler giebt vor, von der Regierung geschickt zu sein, was natürlich nur ein — großer Irrthum sein kann. Da, wie überall, unter den oberen Beurlaubten in Hochstraß und Umgegend kein Nothstand herrscht, meint man hier, dem geduldbigen deutschen Michel die Lasten der neuen Militärvorlage schon zumuthen zu dürfen.

Vom Nothstande. In dem soeben erschienenen Verwaltungsberichte der Stadt Magdeburg für 1891/92 wird u. a. ausgeführt — wir zitiren nach der „Magdeburger Zeitung“ — die ungünstige wirtschaftliche Lage habe sich im Berichtsjahre noch verschärft; insbesondere sei das Baugewerbe, wie in anderen Großstädten, im Niedergange begriffen, wenn auch der Rückgang der privaten Bauhätigkeit durch den schnellen Fortgang der umfangreichen städtischen Bauten für den Schlacht- und Viehhof, die Kanalisation, den Hafen, die Sudenburger Krankenanstalt, das neue Generalcomando, das neue städtische Geschäftshaus und einige Schulen „einigermaßen ausgeglichen worden sei“. Er erörtert dann den Nothstand im Winter 1891/92 und die Nothstandsarbeiten, zu denen sich 2157 Personen gemeldet hätten, von welchen jedoch nur 1734 in Arbeit getreten seien; 1324 hiervon seien verheirathet gewesen und hätten im ganzen 3268 Kinder zu ernähren. Dem Verufe nach waren es überwiegend gewöhnliche Arbeiter, dann Bauhandwerker; minder zahlreich waren andere Handwerkerleute vertreten. Die Arbeiten nahmen von Ende Februar an wesentlich ab und wurden Ende April ganz eingestellt; die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitstage betrug rund 97 000, der Aufwand rund 165 000 M. Wenn wir ferner erfahren, daß 25 053 oder 55,4 pCt. der gesammten Wohnungen nur ein, 10 488 oder weitere 28 pCt. nur zwei heizbare Wohnräume hatten, daß für Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer eine Miete bis zu 200 M. gezahlt wird („eine gewiß bedeutende Höhe der Mietpreise“, bemerkt dazu die „Magdeburger Zeitung“), daß ferner „wohl zwei Drittel der Bevölkerung ein Einkommen unter 900 M. besaßen, so zeigt sich auch hier wieder, daß die Arbeiterpreise keinen Strich zu viel macht bei ihrer offenerzigen Elendmalerei.

Als höheren Miß darf man wohl folgenden Ulaß bezeichnen, der einem Bürger des bairischen Städtchens Wiesentheid zugeht. Das samose Schriftstück lautet: „Wir eröffnen Ihnen, daß durch Beschluß des Ausschusses vom 12. d. M. Ihr Anschluß aus dem Verband der freiwilligen Feuerwehr Wiesentheid beschlossen wurde, da die freiwilligen Feuerwehren des Königreichs Bayern unter dem Protektorate Sr. Maj. des Königs und in Stellvertretung

Sina war von dieser Nachricht betroffen, mehr als die Sache es zu rechtfertigen schien. „Kennst Repin den Grund für den polizeilichen Besuch?“

„Durchaus nicht. Es wurde ihm nichts gesagt, und er weiß nicht, wie er errathen soll, woher es kommt, ebenso wie wir alle,“ antwortete Repin.

„Dann glaube ich es zu wissen,“ sagte Sina.

„In der That!“

„Es ist mit den Dubrawnik'schen Verhaftungen verknüpft. In ihrem Briefe ist eine unbestimmte Bemerkung, deren Bedeutung ich bis jetzt nicht herausfinden konnte. Sie erwähnen die Verhaftung von Nowotowky, eines Advolaten, zu dem Repin, glaube ich, in freundlichen Beziehungen stand, und fügen hinzu, daß ich in erster Linie „Bandect I“ warnen müsse. Ich konnte nicht herausbekommen, wer mit diesem Epitheton gemeint sein sollte. Jetzt vermuthete ich, daß Repin gemeint war. Mit dem Uebereifer ist es immer so.“

„Sie hätten aber keine Zeit gehabt, ihn zu warnen, selbst wenn Sie's errathen hätten“, sagte Andrej. „Der Befehl, bei Repin eine Hausdurchsuchung zu veranstalten, ist augenscheinlich telegraphisch erteilt worden. Da ihm übrigens nichts Uebles zustieß, müssen wir uns deshalb nicht sehr beunruhigen.“

„Es ist wahr. Ich fürchte aber, daß das noch nicht das Ende ist. Nowotowky hat sich bei ersten Angelegenheiten betheiliget. Dies kann auch zu irgend einer Zeit entdeckt werden, und bei Repin wird wieder eine Hausdurchsuchung stattfinden, und vielleicht mit ernstern Folgen. Wir müssen ihn warnen, sich nicht in eine falsche Sicherheit einzulassen.“

Da es unsicher war, zu Repin hinzugehen, kam man überein, daß einer von ihnen Nowotowky besuchen und es durch ihn sagen lassen sollte.

(Fortsetzung folgt).

Sr. Königl. Hoheit des Prinzregenten stehen, Sie aber als offener Anhänger der sozialdemokratischen Partei und als eifriger Agitator derselben dieses Protektorates nicht würdig sind. Hochachtungsvoll: Der Verwaltungsrath der freiwilligen Feuerwehr.“

Man weiß angeht, einer solchen Jämmerlichkeit und Bauchschmerz nicht mehr, was man sagen soll. Diesen Jämmerlingen hat unser nationalster Dichter Männerstolz vor Königsthronen gelehrt!

Die Lage der Volksschullehrer in Preußen wird in den Drucksachen des Abgeordnetenhauses zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens durch eine Reihe sehr interessanter Zahlen illustriert. Danach waren nach einer Statistik von 1891 auf dem Lande 45 414 vollbeschäftigte Lehrkräfte vorhanden. Von diesen bezogen inklusive der staatlichen Alterszulagen und ohne Anrechnung der Dienstwohnung und des freien Feuerungsmaterials:

Lehrer ein Einkommen unter 800 M.	von 801—450 M.
78	451—600
2909	601—750
6127	751—810
2938	811—900
5754	901—1050
6952	1051—1200
5041	1201 M. und mehr.
19 020	

Die Summe ergibt 42 228 Lehrer, und nicht 45 414, wie in der Statistik behauptet wird. Solche kleine Scherze gehören zu den berechtigten Eigenthümlichkeiten der preussischen Statistik. — Wie dem auch sei, jedenfalls hat 1/3 der Lehrer ein Einkommen unter 750 Mark, beinahe 2/3 ein solches zwischen 750 und 1200 Mark, und nur der Rest ein solches von über 1200 Mark.

Die genaue Zahl der städtischen Lehrer ist nicht angegeben; nach einer Bemerkung, daß die Zahl 10 216 rund die Hälfte sei, kann man sie auf 20 500 annehmen.

Von diesen hatten, gleichfalls inklusive der staatlichen Alterszulagen und ohne Einrechnung der Wohnung und Feuerung:

Lehrer ein Einkommen bei 800 M.	von 801—450 M.
89	451—600
854	601—750
1544	751—810
800	811—900
1318	901—1050
2306	1051—1200
2220	

Also im Ganzen hatten 8783 Lehrer, 1/3 der Lehrer in den Städten, ein Einkommen unter 1200 Mark.

Dagegen hatten nach dem Etat für 1891/92 die sechs Kanzleidiener und Portiers im Hofamt 1200—1800 M. Gehalt, die neun Botenmeister, Kanzleidiener und Portiers im Bureau des Staatsministeriums 1200—1800 M.; ebenso viel die zwei Kanzleidiener der General-Ordenskommission, und zwei Diener beim Staatsarchiv in Berlin; 1000—1500 M. hatten neun Archivdiener in den Provinzen, und so fort. Subalternbeamte in den Bureauz und Kanzleien, zu denen man hauptsächlich Militärbeamte nimmt, haben ein Minimum von 1800 M. und können bis 5400 M. steigen.

Ohne Frage muß ein Volksschullehrer nicht nur mehr wissen und mehr leisten, wie ein solcher Subalternbeamter, sondern hat auch eine viel größere moralische Verantwortung; in seiner Hand liegt die Zukunft des Volkes, das ja seiner Erziehung anvertraut ist. Ein Staat, welcher diesen Leuten ein niedrigeres Gehalt anweist, nicht nur wie solchen Subalternbeamten, sondern sogar wie Portiers und Dienern, beweist damit offenbar, wie wenig ihm an der Bildung des Volkes liegt.

Unternehmergewinn und öffentliche Gesundheitspflege.

Am 14. Februar interpellirte der Abgeordnete Seyffardt im preussischen Abgeordnetenhaus wegen der Verunreinigung des Elbwassers bei Magdeburg. Seyffardt führte aus, daß das durch die Abwässer der zahlreichen Salzkali-Bergwerke, Zuckerraffinerien, Brau- und Kohlengruben verunreinigte Elbwasser auch nach einer Filtration zu häßlichen Zwecken anerkanntermaßen unbrauchbar sei. Die furchtbare Gefahr beim Ausbruch einer Seuche (Cholera) läge klar zu Tage, der Genuß des Elbwassers schädige die sanitären Zustände aufs erschreckliche. Der Minister für Sozialreform, Herr v. Berlepsch erkannte von vornherein an, daß das Elbwasser zum Trinkwasser sich nicht eignet. Ein Einschreiten dagegen mit geeigneten Mitteln, erklärte er sodann, würde die Existenz großer Industrien gefährden; indessen werde die Regierung nach Möglichkeit eine Verständigung fördern, die den Interessen der Industrie und Magdeburgs gerecht werde. Am besten sei es, wenn die Stadt Magdeburg ihren Wasserbedarf nicht mehr aus der Elbe decke, sondern ihr Trinkwasser aus einem Quellengebiet mit Grundwasser beziehe. Mit welcher zarter Schonung die Interessen der Unternehmerschaft, die in diesen Bezirken glänzendste Geschäfte macht, geschont werden, ist gar erbaulich zu hören. So lange die Wasserversorgung Magdeburgs die alte bleibt, wird trotz aller Gebote und Grundfänge der Hygiene die Volksmasse zum Genuß gesundheitschädlichen Trinkwassers gezwungen. Denn die Industriellen dürfen nicht „genirt“ werden, ihr „Ruin“, ruft schmerzlich bewegt der Bimetallist Arent, muß verhindert werden. Wären nicht die Industriemagnaten die Herren im Hause, so gäbe es nur die Alternative: entweder die Gesetzgebung zwingt die Brunnenvergifter durch gute, großartig angelegte Einrichtungen (Klärung u. s. w.) die Abwässer unschädlich zu machen und die Trinkbarkeit des Elbwassers zu sichern, mügen auch die Krone und Altien einige Prozent weniger abwerfen, oder die Wasserversorgung Magdeburgs und aller ähnlich gefährdeter Orte wird gut geregelt durch rasche Erschließung neuer Quellengebiete, unter angemessener Heranziehung der zahlungsfähigen Kapitalisten zu den Anlagekosten. So aber wird weiter „gewurstelt“, bis eine Seuche wie die Hamburger von 1892 ihre grausige Ernte hält. Dann werden unsere Geheimräthe vielleicht sich entschließen, eine Neuordnung — in Erwägung zu ziehen.

Bindter definiert die Religionsfreiheit. Wir haben bereits die vorgestrichen Erklärungen des Kultusministers Bosse im preussischen Abgeordnetenhaus erwähnt, aus denen mit logischer Bestimmtheit hervorgeht, daß Gewissenszwang eigentlich Gewissensfreiheit sei. Heute kommt Bindter mit einem langen Artikel, um dem Kultusminister zu sekundiren. Wenn Bindter etwas zu beweisen sucht und

noch dazu 2/3 Spanien zu dem Beweise verwendet, so läßt sich mit Bestimmtheit auf dessen volle Verlehrtheit schließen. Ein dem Kinde gegen den Willen und die Ueberzeugung des Vaters aufgedrängter Religionsunterricht ist eine Gewissensvergewaltigung an dem Vater, was der Kultusminister und sämtliche Mitglieder der Welt auch sagen mögen.

Ueber die Wolkensukkuloseimerei, welche die Selbstsparteien jüngst im Deutschen Reichstag verübten, urtheilt ein schweizerisches Blatt, der „St. Gallener Stadt-Anzeiger“, wie folgt:

Im Deutschen Reichstag haben sich die Herren Abgeordneten kürzlich über den Sozialismus überhaupt und den sozialdemokratischen Zukunftsstaat im besonderen vier Tage lang herumgeritten. Glückliches Volk, das deutsche, dessen Vertreter nichts Dringenderes und Wichtigeres zu thun wissen! Was würde man bei uns in der Schweiz sagen, wenn unsere Nationalräthe vier Tage über derartige Dinge hin- und herreden würden? Doch, das ist bei uns einfach undenkbar. Für solche Diskussionen haben wir ja die Vereine, Versammlungen und Vorträge, die Zeitungen und Zeitschriften; in den Rathsälen dagegen handelt es sich nicht um Theorien, sondern um praktische Dinge, um einzelne, bestimmte Gesetzesvorlagen, Verwaltungsangelegenheiten u. dgl.

Interessant war übrigens die Debatte im deutschen Reichstag gleichwohl. Allerdings nicht sowohl ihres Inhaltes wegen, denn der war nichts weniger als neu und originell, so daß wir in der That nicht begreifen, wie so viele Liberale und konservative Zeitungen unseres Landes ihre Spalten tagelang damit füllen mochten. Dieselben müssen sich fürchtbar arm sein an Stoff, endlich verlegen um Diskussionsgegenstände, daß sie ihren Lesern diese abgenagten Knochen vorsetzen.

Das Interessante, das diese Reichstagsdebatte bot, liegt unseres Erachtens vielmehr in einer ganz anderen Richtung. Und zwar erstens darin, daß der Reichstag eben, wie schon gesagt, einer solchen Diskussion vier volle Tage widmen konnte, während so viele andere Fragen von höchster Dringlichkeit schon so lange der Beratung harren. Muß man da nicht auf den Verdacht verfallen, der deutsche Reichstag habe entweder nicht die Fähigkeit oder dann nicht den Willen, diese anderen dringenden Fragen zu behandeln und so erledigen, und gebe sich darum mit solchen theoretischen Erörterungen ab, bei denen praktisch absolut nichts herauskommt? Ja, liegt nicht, wenn man die Sache weiter überlegt, der Verdacht nahe, man wolle auf diese Weise die Aufmerksamkeit des Volkes, der Bürger und Wähler von etwas anderem ablenken?

Und da nun zur Zeit die neue Militärvorlage unbestreitbar die allerwichtigste, ja in gewissem Sinne die einzig wichtige Angelegenheit ist für den deutschen Reichstag und das deutsche Volk, so kann man sich kaum des Verdachtes erwehren, daß diese Debatten über die Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Zukunftsstaat nur darum so lang fortgeponnen und so breitgeschlagen wurde, um dabei für die Militärvorlage im Träben fischen zu können.

Denn es muß doch einleuchten, daß auf diese Weise die „innere“ Gefahr so recht ins Grelle gemalt werden konnte. Und das hat natürlich für die Regierung und die regierungstreuen Parteien einen großen Werth, nachdem vor kurzem die „äußere“ Gefahr so eindringlich geschildert worden war. Denn je mehr die Leute Angst bekommen vor der Winge der Feinde, welche den deutschen Staat von außen und von innen bedrohen, desto weniger werden sie sich wehren gegen eine Verstärkung der Regierungsgewalt durch Vermehrung der Soldaten, Plünder und Kanonen.

In diesem unserm Urtheil über die Bedeutung und Tragweite der Sozialistenrede im Reichstag kann uns die Thatsache, daß Eugen Richter, der Führer der freisinnigen Opposition gegen die Militärvorlage, auch der Führer im Nihilismus gegen die Sozialdemokratie war, nicht irre machen. Richter ist zwar ein gescheidter Kopf, soweit es sich um Verwaltungsfragen und parlamentarische Angelegenheiten handelt; aber in sozialen Dingen ist er so juridgeduldet, baldigt er so veralteten manchesterlichen Anschauungen, wie wohl kein einziger unserer National- und Ständeräthe. Und was nun speziell die Sozialdemokratie betrifft, so ist er derart auf die Bekämpfung derselben verfaßt, daß man ihm nur den Sozialdemokrat im Götterli zu zeigen braucht, um sicher darauf rechnen zu können, daß er alles andere vergißt, um sich sofort mit Aufbietung aller Kräfte auf dieses Angriffsobjekt zu werfen.

Es will uns daher scheinen, irgend ein Schläuling aus regierungsfreundlichen Kreisen sei auf den Gedanken verfallen, eine Sozialistenrede zu veranstalten, um den Sozialistenführer Eugen Richter zum Führer der vereinigten Konservativen und Liberalen gegen die Sozialdemokraten zu machen und so die Wasser der öffentlichen Meinung auf die Mühle der Regierung und ihrer Militärvorlage zu leiten. Jedenfalls hat die Debatte keine andere Wirkung gehabt, als diese, und konnte keine andere Wirkung haben, als diese.

Denn es wird doch niemand glauben, daß auch nur ein Sozialdemokrat durch solche Debatten belehrt werde? Im Gegentheil, die Sozialdemokraten werden sich ganz einfach sagen: Wenn unsere Partei für so wichtig gehalten wird, daß man ihr wegen alles andere vernachlässigt, ja sogar alle Partei-Unterschiede vergißt und sich zum gemeinsamen Kampfe gegen uns zusammenschließt, dann sind wir offenbar eine Macht, eine gewaltige Macht, vor der Thron und Altar erzittern.

Und so werden auch hier die Sozialdemokraten die einzigen sein, welche dauernden Gewinn aus dieser Redeschlacht ziehen werden.

Die ganze Komik dieser Zukunfts-Nebeldebatten kommt übrigens erst dann zum Vorschein, wenn wir bedenken, daß die „nationalen Parteien“, die 1866 und 1870 unter die Bismarck'schen Rockschöße krochen, nach der „Wiedergeburt“ Deutschlands nicht Worte des Hohns finden konnten, scharf genug, um die unpraktische Wolkensukkuloseimerei des Frankfurter Parlaments zu geißeln, daß über seine Träumereien die Wirklichkeit vergesse! Und nun machen diese Realpolitiker eine noch verächtlichere Wolkensukkuloseimerei als weiland die Frankfurter „Traumsimpel“.

Apropos, da der „St. Gallener Stadt-Anzeiger“ von „Befehren“ spricht — wir erhalten täglich Buchstaben von Deuten, die durch die Richter'sche Spar-Agnes belehrt worden sind — zur Sozialdemokratie.

Nach preussischem Muster handelt die hamburgische Regierung, wenn sie das im übrigen gesetzlich verbotene Glücksspiel für sich monopolisirt und aus ihm immer reichere Gewinne herauszuschlagen sucht. Bekanntlich ist das Hazardspiel als Lotterie staatlich organisiert, und die Budgets verzeichnen unter den Einkünften die Erträge der Glücksspieler, zu welcher die kleinen Leute den Haupttheil beitragen. In dem vom Hamburger Budgetauschuß herausgegebenen Bericht zum Staatshaushalt 1893 wird zu dem Posten „Hamburger Lotterie“, mit einer Einnahme von 1 870 000 M., bemerkt: „Bei der so nöthigen Vermehrung der Einnahmen des Hamburgischen Staats glaubt der Ausschuß eine Ver-

mehrung der Loose auszuweisen zu sollen. Bei der gegenwärtig nicht zu befriedigenden Nachfrage nach Hamburger Loose dürfte die Unterbringung einer vergrößerten Anzahl derselben keine Schwierigkeiten machen, es darf auch auf vor nicht langer Zeit in Preußen beliebte Maßnahmen in dieser Beziehung hingewiesen werden. Nun steht es fest, daß ein außerordentlich hoher Bruchteil der Hamburger Loose im Auslande, d. h. außerhalb Hamburgs, vor allem in Preußen, abgesetzt wird. Und so wenig wir an der blühenden Umschuld der Hamburger Säckelmeister und Finanzgewaltigen den leisesten Zweifel hegen, — denn selbstverständlich wissen sie nichts davon, daß die Hamburger Loose, denen das preussische Gesetz den Eintritt wehrt, die schwarzen Grenzpfähle als Schmuggelwaare passieren — so ist an dieser Tatsache trotzdem nicht zu rütteln. Wie sollte man die während der Cholera-Epidemie so glänzend bewährte Staatsweisheit nicht bewundern, welche achtlos an den gefüllten Feuerfesten der Patrizier, der Aebder, Importeure und Börseherren vorüber geht, anstatt durch eine einschneidende Einkommensteuer-Politik den Staatsfinanzen zu Hilfe zu kommen. —

Aus den russischen Geheimpapieren. Wie die russische Regierung im Auslande arbeitet, ist durch die Enthüllungen des ehemaligen Dolmetschers der russischen Gesandtschaft in Bukarest, Jakobson's, urkundlich dargethan worden. Unsere Leser sind über die Betheileten des Parismus, gerichtet gegen Bulgarien, eingehend unterrichtet worden. Nützlich sind die Altensätze in Buchform veröffentlicht worden. Das Schriftchen enthält auch Beiträge zur Thätigkeit der russischen Beauftragten in Bosnien und Rumänien. Nur eines sei ohne weitere Erklärung mitgeteilt:

Geheimes Telegramm des Chefs des Asiatischen Departements in Petersburg an den kaiserlichen Geschäftsträger in Bukarest vom 23. Dezember 1888: „Der Vorliegende der Staatlichen Wohltätigkeits-Gesellschaft in Petersburg hat an den Direktor der Staatspolizei das Ersuchen gestellt, die Agenten der Staatspolizei mögen den Bulgaren zur Entfernung des Prinzen von Koburg aus dem Fürstenthum und zur Befreiung der dortigen Mächthaber Beistand und Hilfe leisten. Die als russische Fischer verkleideten, nach Bulgarien entsendeten Agenten der Geheimpolizei haben den Staatsrath Durnowo benachrichtigt, daß sie nach genauer Besichtigung der Ruffisch-Barna-Eisenbahn die Station Tschukur-Tschiflik als sehr geeignet befunden haben, um dort eine Jugendleistung hervorzurufen. In dem Durnowo wird von dieser Thatsache benachrichtigt, bringt er zu meiner Kenntnis, daß die ihm untergeordneten Agenten, welche diese That vollbringen können, sich in Jemal befinden, und im Falle, daß es notwendig sein sollte, in Ruffisch-Barna-Eisenbahn die Station Tschukur-Tschiflik als sehr geeignet befunden haben, um dort eine Jugendleistung hervorzurufen. In dem Durnowo wird von dieser Thatsache benachrichtigt, bringt er zu meiner Kenntnis, daß die ihm untergeordneten Agenten, welche diese That vollbringen können, sich in Jemal befinden, und im Falle, daß es notwendig sein sollte, in Ruffisch-Barna-Eisenbahn die Station Tschukur-Tschiflik als sehr geeignet befunden haben, um dort eine Jugendleistung hervorzurufen. In dem Durnowo wird von dieser Thatsache benachrichtigt, bringt er zu meiner Kenntnis, daß die ihm untergeordneten Agenten, welche diese That vollbringen können, sich in Jemal befinden, und im Falle, daß es notwendig sein sollte, in Ruffisch-Barna-Eisenbahn die Station Tschukur-Tschiflik als sehr geeignet befunden haben, um dort eine Jugendleistung hervorzurufen.“

Italien. Der Eindruck des Grimaldi'schen Budgets ist der denkbar ungünstigste. Die Kammer gab dem Herrn Finanzminister ihre Mißachtung dadurch zu erkennen, daß sie ihn seine „große Finanzrede“ vor leerem Haus halten ließ — in der italienischen Kammer etwas Unerhörtes. Daß das Budget mit seinem Ueberschuss — auf dem Papier der reinste Schwindel ist, darüber herrscht unter allen Parteien nur eine Meinung. Aber auch darüber herrscht Einstimmigkeit, daß Herr Grimaldi von den Untersuchungsrichtern gehört, nicht aber in ein Ministerium. Herr Grimaldi steckt nämlich bis über die Ohren in dem Schmutz des „italienischen Panama“; und daß Herr Giolitti, der italienische Minister-Präsident, sich mit seinem Finanzminister solidarisch erklärt hat, und mit Klauen und Zähnen gegen die Niederlegung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ankämpft, hat nicht zur Wirkung, daß Grimaldi in besserem, sondern daß Giolitti in schlechterem Lichte erscheint, — daß der Verdacht gegen ihn und die übrigen Minister sich mächtig gestärkt hat.

Die parlamentarische Lage ist in Italien unhaltbar geworden; der Strom des Stands und der öffentlichen Entrüstung schwillt mehr und mehr an, und das schwache Ministerium Giolitti wird bald bei Seite geworfen oder weggeschwemmt sein — weggeschwemmt vielleicht auf die Anklagebank. —

Das Verbindlich zwischen dem französischen und dem italienischen Panama ist jetzt gefunden worden. Es heißt Crispi. Unter den Papieren Reinach's hat man einen ausgedehnten Briefwechsel mit dem „italienischen Bismarck“ gefunden. Die Aktenstücke sind bei den Panama-Prozessen und werden bei den im März (vom 6. März an) bevorstehenden Verhandlungen gegen die parlamentarischen „Panamiten“ gewiß nicht unter dem Scheffel verbleiben; und sehr bedenkliche Streiflichter dürften auf das Treiben in Italien fallen. —

Der Kongreß der französischen Arbeitsbörsen hat folgende Fragen zu verhandeln:

1. Aenderung der Statuten des Arbeitsbörsen-Verbandes.
2. Beziehungen der Arbeitsbörsen zu den Gemeinden; obligatorische Gründung von Arbeitsbörsen überall da, wo die Gewerkschaften es verlangen;
3. Gründung einer allgemeinen Streikkasse und von Lokalkassen durch die Arbeitsbörsen;
4. Unbedingte und vollständige Uebertragung der Stellenvermittlung an die Arbeitsbörsen und Gewerkschaften;
5. Allgemeine Organisation der Gewerkschaften und Fachvereine; Schaffung von gewerkschaftlichen Verbänden;
6. Organisation der Feier des 1. Mai durch alle Gewerkschaften;
7. Vereinigung sämtlicher französischen Gewerkschaften und Arbeitergruppen zur Beschickung des allgemeinen Gewerkschafts-Kongresses, der im Juli dieses Jahres zu Paris tagen wird;
8. Beschaffung von Geldmitteln durch die Departements und die Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen, welche den Aufenthalt wechseln wollen; Verwaltung der betreffenden Geldmittel durch die Arbeitsbörsen;
9. Gründung eines monatlichen oder vierteljährlichen Verbandsorgans.

Nach den letzten Berichten war man gestern bis zum sechsten Punkte gelangt und hatte sich betreffs aller Fragen Einmütigkeit herausgestellt. Der Kongreß wird heute geschlossen. —

Diebe überall. Nach dem Panama-Kandal in Paris, dem Bankkandal in Rom, der Eisenbahnkandal in Bissabon! Bei der Verwaltung der portugiesischen Staatsbahnen sind große Unterschleife aufgedeckt worden. Zuerst hieß es, die Gerichte würden einschreiten, die öffentliche Kritik zerkaute die hochgestellten Ehrenmänner, die sich an Staatsgebern vergreifen, aber bald ebbte die erregte Fluth. Jetzt schreibt der gut unterrichtete Bissaboner Berichterstatter der Münchener Allgemeinen Zeitung: „Man kann schon heute mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, daß es angesichts der delikaten Natur der Sache, und bei der hohen Stellung einiger Betheiligter zu diesem Kupferstern nicht kommen wird.“ „Delikat“ ist jede Angelegenheit, bei welcher die Verderbnis der herrschenden Klassen entfällt wird, und es ist „staatsmännisch“, jeden Skandal zu vertuschen, der einflußreiche Vertreter jener Klassen an den Pranger stellt. Diese Politik ist keineswegs eine portugiesische Eigenart. —

Die neue Homerulebill Gladstone's stimmt im wesentlichen mit seiner ersten Homerulebill überein, die er 1886 einbrachte und die ihm sein Ministerposten kostete. Die Grundzüge sind genau dieselben, die Aenderungen meist Abschwächungen, um die Opposition zu entwaschen. Dieser Zweck ist freilich nicht erreicht worden. Die Stärke der prinzipiellen Opposition, wie meinen die Oppositionärer, die überhaupt keine Aenderung des Verhältnisses zwischen Irland und dem übrigen Reich (Empire) wollen, — liegt darin, daß die große Mehrheit der Vertreter von England, Schottland und Wales gegen die Homerule in jeder Gestalt ist. Dies giebt den konservativen und liberalen Unionisten (Anhängern der Union — der Verbindung mit Irland) ihre geschlossene Kraft, während das Ministerium Gladstone nur dank der Unterstützung der Irländer eine Majorität hat. Die Opposition ist deshalb auch siegesgewiß und geht, wie wir den Telegrammen entnehmen, dem Ministerium mit großer Heftigkeit zu Leibe. Ueber den Ausgang des Kampfes läßt sich noch nichts voraussagen. In einem Punkte hat Gladstone bis jetzt einen Erfolg gehabt, die orthodoxen Barnelliten haben sich, wenn auch nicht unbedingt, für die Vorlage erklärt.

Was die Vorlage selbst betrifft, so ist sie, wie wir gestern schon hervorhoben, nichts weniger als demokratisch. Sie ist ein Kompromiß mit dem Bestehenden und hat alle Mängel eines Kompromisses. Der Kardinalfehler ist die ungeschickte Regelung des Verhältnisses der Irländer zu dem Reichsparlament. Sie sollen ihre eigene Vertretung haben, zugleich aber auch im Reichsparlament sitzen — allerdings in vermindelter Zahl — und zwar als Parlamentarier zweiter Klasse, die nicht mitzustimmen haben in allen das übrige Reich ausschließlich betreffenden Angelegenheiten. Es ist dies eine, obendrein praktisch kaum zu verwirklichende Anomalie, die daraus entspringt, daß Gladstone sich nicht entschließen konnte, England, Schottland und Wales mit Irland gleichzustellen, jedem dieser vier Landestheile eine besondere Vertretung — nach Art unserer Landtage — und allen vier zusammen genommen ein gemeinsames Parlament — nach Art unseres Reichstags — zu geben.

Wollte er ihm, die jegliche Homerulebill wenigstens in ihren Hauptbestimmungen durchzusehen, so ist eine Reform, wie die oben angedeutete, unabwendbar und nicht auszuweichen. —

Panama in den Vereinigten Staaten. Charles de Besséps hat bekanntlich vor dem Pariser Untersuchungsrichter erklärt, es sei seiner Zeit einem aus amerikanischen Politikern, Kongreßmitgliedern und Bankiers bestehenden Komitee seitens der Panamakanal-Gesellschaft ein Korruptionsfonds von 2 400 000 Dollars zur Verfügung gestellt worden. An der Spitze des betreffenden Komitees stand der ehemalige Marineminister Richard W. Thompson, der von dem alten Besséps selbst mit einem Jahreslohn von 25 000 Dollars engagiert worden sein soll, um die Interessen der Kanalgesellschaft in den Vereinigten Staaten gegenüber denjenigen der Nicaraguakanal-Gesellschaft wahrzunehmen. Das Repräsentantenhaus des Kongresses hat nun einen Ausschuss ernannt, der die Angelegenheit hinsichtlich Verwendung des amerikanischen Korruptionsfonds untersuchen soll. Bei dieser Untersuchung wird — eine Krähe haßt der andern kein Auge aus — nichts oder so gut wie nichts herausspringen. Das nordamerikanische Parlament ist ein solcher Klügel kapitalistischer Gruppen, eine so festgeschlossene Vereinigung von Agenten der Eisenbahngesellschaften, Dinge und Trusts, die Käuflichkeit der Stimmen ist eine so selbstverständliche Einrichtung, daß dieser Bestechungsfonds nur als eine Geschäftspraktik unter vielen erscheint. —

Parlamentarisches.

In heutiger Sitzung der Militärkommission wendete sich Dr. Lieber (ultr.) gegen die gestrige Rede des Reichsanwalt's, namentlich gegen dessen Aeußerung, daß es unlogisch sei, von einer Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der gegenwärtigen Friedenspräsenz zu sprechen. Herr Lieber will nicht als „unlogischer“ Kopf gelten; er meint, es gebe viele Leute, die lieber für schlecht als für dumm angesehen werden wollen. Der Antrag Ricker genüge nicht, um die für beide Seiten — Reichstag und Regierung — nöthige Gewährung zu bieten, die er mit Vennigsen für geboten erachte. — Die Regierung halte die Vermehrung des Heeres für die Hauptsache und die jährige Dienstzeit als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, das Zentrum halte die Einführung der 2-jährigen Dienstzeit für die Hauptsache und die Truppenvermehrung nur als nöthigen organischen Ausgleich für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Friedensstärke. Das Zentrum hätte also eigentlich einen dahin zielenden Gesetzentwurf einzubringen; nach den schroffen Abweisungen seitens der Regierung sei dazu aber jetzt keine Möglichkeit. Als Ausgleich für die längere Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Artillerie bei der Fahne schlage er vor, die Mannschaften dieser Waffengattungen ein Jahr weniger in der Landwehr ersten Aufgebots dienen zu lassen.

V. Hammerstein bedauert, daß das Zentrum seine Vorschläge nicht gleich formuliert vorgelegt habe. Es ist kein Freund der zweijährigen Dienstzeit, will sie aber als eine Art „nothwendiges Uebel“ für die Verstärkung der Wehrkraft mit in den Kauf nehmen. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sei die längere Dienstzeit der kürzeren vorzuziehen! Die konservative Partei sei nicht in der Lage, sich auf eine gefehliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit einzulassen.

General von Goltz berichtet über die militärischen Versuche, die betreffs Durchführung der zweijährigen Dienstzeit seit 1891 gemacht wurden. Es sei von 81 Stellen Bericht erstattet worden, davon hätten sich 10 dagegen ausgesprochen.

Diese sahen die Verbesserung der Armees viel mehr in der vollen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit (also Befreiung des Systems der Dispositionslauben) und in Vermehrung der Truppenzahl; 21 Stellen sprachen sich günstig aus und machten die Vorschläge, die jetzt in der Geseßesvorlage niedergelegt sind; diese Stellen berichteten, daß Ausbildung und Disziplin befriedigend waren und nur die Schließungen etwas an Ueberfüllung gelitten hätten.

Dr. Dahl vertheidigt mit großem Eifer die gezeigten Ausföhrungen v. Vennigsen's, Hausmann (Hollsp.) vertheidigt den Ricker'schen Antrag. Dem Antrag Bebel und Gen. auf gleiche Dienstzeit für alle Waffengattungen, zu dem er sich seine Stellung noch vorbehalten, seien von militärischer Seite so gut wie gar keine technischen Gründe entgegengeführt worden. Er stellt deshalb die bestimmte Frage an die Militärverwaltung: welches sind die militärisch-technischen Gründe, welche die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den berittenen Truppen angeht unmöglich machen? — Aus den Mittheilungen des Generals v. Goltz gehe hervor, daß die Ausbildung der Truppen bei der dreijährigen Dienstzeit unbefriedigend ist, daß daher bei der zweijährigen Dienstzeit nicht so zu sagen von einem Geschenk der Regierung an das Volk die Rede sein könne, es sich vielmehr bei der Dienstzeitverkürzung durchaus um ein selbständiges Interesse der Militärverwaltung handle.

General v. Goltz antwortet auf die Frage Hausmann's nach den militärischen Gründen für Nichtbeachtung der Dienstzeit für die Reiterei, diese lägen in der Unmöglichkeit, die Pferde in zwei Jahren abzurichten. Eine Kavallerie, die nur auf gerittenen Pferden reiten lerne, nicht aber auch auf ungerittenen Pferden, sei eben keine Kavallerie. Die dreijährige Dienstzeit sei das Minimum für die Reiterei. Um diese ganz und gar unzureichende, nichtsagende Antwort etwas zu „würzen“, leistete der Herr General sich den Scherz, zu behaupten, die schweizerische Kavallerie reite auf den Pferden, die unter Aufsicht der Fremdenführer von den Touristen geritten werden! v. Komierowsky (Pole) theilt mit, daß er und sein Fraktionskollege vorläufig gegen alle Anträge stimmen werden.

Freiherr v. Friesen (säch.-konf.) vertheidigt den Paraderill gegen Bebel, die Parade sei eine „geistige Ausbildung“ für den Mann. Er erzählt aus seiner Militärlaufbahn, daß er vor 32 Jahren auch von der Ansicht ausgegangen sei, daß alles Parademäßige zu beseitigen sei, dafür habe man ihm den Vorwurf gemacht, den man heute auf politischem Gebiete gegen ihn erhebe, nämlich, daß er demagogisch vorgebe. Nach seiner Ueberzeugung habe die Armees heute nichts Jospinmäßiges mehr an sich. Durch einige Geschießen aus den Jahren 1866 und 1870/71 sucht er den Nachweis zu führen, daß nur langgediente Kavalleristen im Kriege brauchbar seien. Zum Schluß bittet er die Opposition gar beweglich, doch der Regierung, die den Wünschen des Volkes ja so weitgehende Zugeständnisse mache, auch die unbedingt nothwendigen Kompensationen zu bewilligen. Die bis jetzt vorliegenden Vermittelungsvorschläge seien für ihn unannehmbar, die Vennigsen'schen mindestens noch verfehlt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.
Nächste Sitzung morgen Vormittag 1/11 Uhr.

Die Kommission des Reichstags für den Gesetzentwurf über die Abzahlungsgeschäfte hat am Dienstag Abend die beiden ersten Paragraphen in folgender Fassung angenommen:

§ 1. Hat beim Verkauf einer dem Käufer übergebenen beweglichen Sache, deren Kaufpreis in Theilzahlungen berichtigt werden soll, der Verkäufer sich das Recht vorbehalten, wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen vom Vertrage zurückzutreten, so ist im Falle dieses Rücktritts jeder Theil verpflichtet, dem anderen Theile die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig. Dem Vorbehalte des Rücktritts steht es gleich, wenn der Verkäufer wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen kraft Gesetzes die Auflösung des Vertrages verlangen kann. § 2. Der Erwerber hat im Falle des Rücktritts dem Verkäufer die in Folge des Vertrages gemachten Aufwendungen, sowie denjenigen Schaden zu ersetzen, welcher durch eine von ihm aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit verursachte oder von ihm zu vertretende Verschlechterung der Sache entstanden ist. Für geleistete Dienste, sowie für die Ueberlassung des Gebrauchs oder der Benutzung der Sache ist der Werth zu vergüten. Eine entgegenstehende Vereinbarung, insbesondere die vor Auflösung des Rücktrittsrechts erfolgte vertragsmäßige Festsetzung einer höheren Vergütung, ist nichtig. Auf die Festsetzung der Höhe der Vergütung finden die Vorschriften des § 260, Absatz 1 der Zivil-Prozessordnung entsprechende Anwendung.

Weiter gehende Anträge, welche auch die Anrechnung des entgangenen Geschäftsgewinnes u. s. w. besonders zulassen wollten, wurden abgelehnt. Da auch für die Kommission eine zweite Lesung beschlossen ist, so darf die heutige Fassung der beiden Paragraphen noch nicht als endgültig betrachtet werden.

Die Kommission zur Vorberathung der Buchergesetz-Novelle hat ihre zweite Lesung geschlossen und ihre Thätigkeit beendet. Sie hat nach lebhaften Debatten die Regierungsvorlage in ihren wesentlichsten Theilen angenommen. Die Anträge unserer Genossen in der Kommission, ausdrücklich die Ausübung des Retentionsrechts an der unentbehrlichen Habe, ferner die Ausbentung der Nothlage des Einzelnen und der arbeitenden Klasse durch Arbeitsverträge durch besondere Zusätze als Bücher zu bezeichnen, wurden abgelehnt, weil die Regelung des Retentionsrechts nicht in dieses Gesetz gehöre, und weil es einer besondern Hervorhebung, daß auch ein strafbarer Wucher durch einen, zu niedrige Löhne enthaltenden Arbeitsvertrag geschaffen werden könne, nicht bedürfe. Desgleichen wurde ihr Antrag, über Anklagen wegen Wucher durch — 18 M. Diäten begehende — Patenrichter entscheiden zu lassen, abgelehnt.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Grafen zu Stolberg in Rastenburg geprüft und beschlossen, zu beantragen, daß die Wittigkeitsklärung aufgesetzt und Beweiserhebung über die in den Protesten behaupteten Thatsachen vom Reichsanwalt angefordert werde.

Parteinachrichten.

Eine eindringliche Warnung vor dem Textilarbeiter Karl Rastner, zuletzt in Frankfurt a. M., rühten die Parteigenossen dieses Ortes namentlich an die Genossen in Holland, wohin sich Rastner begeben haben soll. Näheres über die Angelegenheit ist durch den Vertrauensmann G. Meier in Frankfurt a. M., Katharinenpoarte 11, zu erfahren.

Ein amüsantes Beispiel von der Konfusion, die unter unseren Gegnern über den Sozialismus herrscht, bringt die „Schwab. Tagwacht“. Das in Stuttgart erscheinende ultramontane „Deutsche Volksblatt“ veröffentlichte in der letzten Sonntagsnummer einen Artikel gegen die Sozialdemokratie, auf dessen erster Spalte es hieß: „Wir sind weit entfernt, nun einen großen Abfall im sozialdemokratischen Lager zu erwarten; dieser Erwartung giebt man sich auch nirgends in der Presse hin. Der Sozialismus ist eben keine Wissenschaft, wie die Führer prahlen, sondern eine Religion, so weit man von einer Religion ohne Gott sprechen kann.“ Auf der dritten Spalte desselben Artikels aber hieß es wörtlich: „Aber wie gesagt, der Sozialismus ist nicht bloß eine Wissenschaft, er ist eine Religion, die des konsequenten sozialen Materialismus.“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Donnerstag, 16. Februar.
Opernhaus. Bajazzo. Vorher: Die Jahreszeiten.
Schauspielhaus. Asantafena.
Deutsches Theater. Der Zalisman.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Lesung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Fall Clémenceau.
Broll's Theater. Der schwarze Domino.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Rehdenz-Theater. Gläubiger, von Strindberg.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Gardehufar.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Einen Zug will er sich machen.
Neues Theater. Losla.
National-Theater. Preciosa.
Alexanderplatz-Theater. Philippine Helfer.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 54. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görrs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm - Ede. - Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili.
klein. lebend. Elefant d. Welt, 90 Centimeter hoch, 110 Centimeter lang, 78 Kilo schwer.
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Künstler-Konzert. Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Grossartiger Erfolg des neuen Programms.
Mr. Hendrik, Hugonson, Russias, Clark, Valois, Vasoni, Burloy's, Laurence, Türk u. a. w.
Das Theater ist gut geheizt.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
M. Krüger's 18016
Speise-Reinlich ist das anerkannt Beste.
Fabrik-Lager Stalitzerstr. 105.

Circus Renz.
(Karlstrasse.)
Donnerstag, den 16. Februar 1893,
Abends 7 1/2 Uhr:
Soirée équestre und Gr. Gala-Vorstellung.
Hippologischer Kongress v. 36 Vollblutpferden, vorgef. von Dir. Fr. Renz. Konkurrenz-Schule geritten von Fr. Clotilde Hager und Fr. Oceana Renz in Husaren-Uniformen. Mr. James Pillis mit d. Schulpferde Markir. Zum 1. Male: *Jou de la rose*, Fantastische equestre von den Damen Fr. Clotilde Hager und Fr. Edith. Zum Schluss der Vorstellung:

Ein Künstlerfest.
Grosse Ausstattungs-Pantomime auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Ueberraschende Licht- und Wassereffekte. Ballet von mehr denn 100 Damen. Großartig in solcher Pracht noch niemals gesehener Blumen-Corso etc.
Morgen: Vorstellung mit neuem Programm u. „Ein Künstlerfest“.
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank“, Marienstrasse 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast
Burgstr. 22, neben der Börse.
Heute: Großer Doppel-
Ringkampf
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Anf. 1/2 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.
Morg.-Platz. Morg.-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von *Fahrenhofer Lagerbier*, hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochen. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstrasse 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle für Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.
F. Sadtke.

Ein großes Lokal, in welchem Logis bis 25 Betten eingerichtet sind, kann an eine größere Gewerkschaft als Herberge vergeben werden. Neueste gesellschaftliche Behandlung zugesichert. Gesl. Off. sub. 3765. Postamt 61. 13526

Berliner Bock-Brauerei
SW., Tempelhofer Berg.
Unsere **54. Bockbier-Saison 1893**
wird eröffnet am Sonnabend, den 18. Februar.
Am 15. d. M. begann der Versand nach außerhalb. In Gebinden: 1/2 Tonne 4 M. 50 Pf., 1/4 Tonne 9 M., 1/3 Tonne 18 M., 1/2 Tonne 36 M. In Flaschen: Riste à 50 Flaschen, inkl. Pfand für Riste und Flaschen, 12 M. 50 Pf. frei hiesiger Bahnhof gegen Nachnahme. Bei freier Retournierung zahlen wir 6 M. Pfand für Riste und Flaschen zurück.
Die Tonne enthält circa 125 Liter, in demselben Verhältnis die kleineren Gebinde. 8660L.
Bockbier in Flaschen für Berlin
nur echt, mit zwei in die Flaschen eingeblasenen Wöckeln, liefern wir:
20 Flaschen für 3 M.,
ohne Pfand frei Haus. Unsere Bockflaschen sind nicht verläuflich und werden auch dann als unser Eigenthum zurückverlangt, wenn Händler solche unbezogen an sich bringen.
Sonnabend, den 18. Februar:
Eröffnung der 54. Bock-Saison.
Anstich des Bockbieres.
Großes Militär-Doppel-Konzert von den Regiments-Kapellen des 1. u. 2. Garde-Dräger-Regiments unter Leitung der Kgl. Musikdirektoren Voigt u. Rosin.

Wichtig für Musikinstrumenten-Händler und Artisten.
Im Laden Invalidenstrasse Nr. 35 findet ein Massenverkauf von noch durchaus guten, zurückgegangenen Instrumenten aus den Inventurbeständen einer Instrumentenfabrik statt. Der Ankauf von schwedischer Musikwerken, Rundharmonikas, Accordeons, Concertinas etc. ist **Wiederverkäufern** und **Artisten** dringend zu empfehlen, da ein Nachlaß von 25 pCt. auf Normalpreise gewährt wird. 8875L.
Der Massenverkauf dauert nur kurze Zeit.

Ein frommer Sozialdemokrat ist angekommen. 54/29
W. Ehfert u. Frau, geb. Daum.
Unserem Freunde **Wilhelm Schachotz** zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß die alle Dachluke wackelt. 13516
F. Z. H. E. N. D. R. E. R.

Versammlung
der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Berlin, Filiale II. Nord.
Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr.
im Vereinslokal Bergstr. 12.
Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Emma Schröder (Wetten) über „1/2 Monate Fabrikarbeiterin.“ 2. Gewerkschaftliches. 3. Abrechnung vom Weibnachtsvergügen. 4. Fragekasten.
Der Vorstand.
Frauen werden besonders hierzu eingeladen. 174/6

Glas-Industrie.
Für sämtliche in der Glas-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen findet am **Sonnabend, d. 18. d. Mtz.,** Abends 8 1/2 Uhr bei **Gratweil,** Kommandantenstr. 77/79, eine große öffentliche Versammlung statt. 13536
Alles Nähere durch Flugblätter.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“.
Den Vereinsvorständen zur gefälligen Kenntnis, daß von jetzt ab alle Engagements und Bestellungen an den derzeitigen Vorstehenden und nach dem Vereinslokal Annenstrasse Nr. 16, zu richten sind. 382/5
Richard Heinrich, Wienerstr. 61.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren **1,50 Mk.** (außer Bruch)
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Hannenstr. 38, u. d. Oranienplatz

Damen-Masken-Garderobe
von **M. Rousset, Skalitzerstr. 43.**

Arbeitsmarkt.
Ges. a. Jaqu. verl. Hofrichter, Ranninstr. 82 L. 13546
Mädchen zur Erlernung des Wäschensnägens verl. Breslauerstr. 22, 2 T. I. 13506
Vergolderinnen, welche in einer Goldleistenfabrik gearbeitet haben, verlangt sofort **G. Joers u. Sohn,** (13555) Etalagerstr. 28.

Plätterinnen a. geschweifte Umlegekragen finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei **van Laack, Schunn u. Etschig, Oriswalderstr. 9.**
Mamsells auf bessere Knabenanzüge verl. Stein, Adalberstr. 22. 1229H

Achtung, Maurer!
Sonntag, den 19. Februar, Vorm. 10 Uhr:
Gr. öffentl. Maurer-Versammlung
in Joël's Salon, Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung über das Verhalten der freisinnigen Stadtverordneten gegenüber der Baubudenfrage. 2. Stellungnahme zu der nächsten in Berlin stattfindenden Maurer-Konferenz. 3. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller Maurer Berlins ist notwendig.
Der Vertrauensmann.
242/5 Hermann Jänisch, Kastanien-Allee 74.

Gr. öffentl. Versammlung
der Bäcker u. Konditoren Berlins u. Umg.
Donnerstag, den 16. Februar 1893, Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei **Buggenhagen, Moritzplatz.**
Tages-Ordnung:
Die Beschlüsse der Reichskommission. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkenbühr.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 128/5
Die Agitations-Kommission.

Frauenbildungsverein für Berlin u. Umg.
General-Versammlung
Mittwoch, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Statutenänderung. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins. 156/8
Der Vorstand.

Achtung! Bildhauer. Achtung!
Große öffentliche Versammlung der Bildhauer Berlins am Donnerstag, 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Ehrenberg, Annenstrasse Nr. 16.**
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Staat und Zukunftsstaat“. Ref. Herr Dr. Lütganau. 2. Bericht des Delegierten zur Streit-Kontrollkommission event. Neuwahl derselben und Ersatzwahl zur Kommission. 3. Wie stellen wir uns zu der vom Zentralverein für Arbeitsnachweis geplanten Zentral-Stellenvermittlung sämtlicher Arbeiter Berlins? 4. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber bittet um zahlreichen Besuch **Die Kommission.** 116/20

Grosser Wiener Maskenball
Sonnabend, d. 18. Febr., in **Fliem's Volksgarten, Hasenhaid 14/15.**
Arrangiert vom
Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin I.
Um 1 Uhr: Großer Maskenaufzug. Entree 50 Pf. Freunde u. Gönner des Verbandes ladet ergebenst ein 178/8
Der Vorstand.

Grosser Wiener Masken-Ball
des
Unterstützungs-Vereins der Maurer des Westens Berlins
Sonnabend, den 18. Februar 1893,
im **Etablissement Königshof, Bülowstrasse 37.**
Anfang 9 Uhr.
Billets à 50 Pf. sind bei folgenden Komitee-Mitgliedern zu haben: Kühn, Pallasstr. 5; Böhm, Kolonnenstr. 34; Dominique, Bahnstr. 6a; Ribbe, Sägewerksstr. 22; Hensel, Steinmeierstr. 67. 246/2
Um rege Beteiligung bittet
Das Komitee.

Sonntag, den 19. Februar, Vorm. 11 Uhr:
Grosse Matinée
in den
Concordia-Festsälen, Andreas-Strasse No. 64.
Zum Besten der ausgesperrten Bergarbeiter u. deren Familien im Saar- und Ruhrgebiet.
Ausgeführt von 60 Musikern der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“, circa 120 Sängern und des Genossen Genl. 378/12
Alle Aufführungen sind unentgeltlich.
Billets à 25 Pf. an allen bekannten Stellen, sowie bei Frh. Jubel, Ranninstr. 80.
Das Komitee.

Tischler-Verein.
Gr. Wiener Masken-Ball
am Sonnabend, den 18. Februar, in **Keller's Hofjäger.**
Billets sind zu haben bei den Herren Winter, Elisabeth-Ufer 55; Wolf, Prinzenstr. 8; Kreuzsner, Laufstr. 44. 1348b
Der Vorstand.

Verein Berliner Gastwirthsgehilfen.
Unser Vereinsbureau befindet sich vom 1. März ab statt Annenstrasse 14 **Annenstr. 16, prt. (Louisenstadt Clubhaus).** (Telephon Amt IV 1116.) 368/8
Der Vorstand.

Zum 18. März 1893
erscheint (in ähnlicher Weise wie die Märznummer der „Berliner Volkstribüne“) eine
auf rothem Papier
gedruckte Extranummer zum „Volksblatt“ der Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Oberbarnim, Niederbarnim, Schwedt, Prenzlau-Angermünde. Vorbestellungen werden bis spätestens zum 1. März Berlin, Beuthstrasse 2, Hof rechts, erbeten.
Verkaufspreis 15 Pfennig. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Annoncenpreis für die fünfgespaltene Petitzeile 30 Pfennig. Auflage über 20 000. 3683L
Die Expedition.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 15. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Caprivi, v. Büttcher, v. Marschall.

Eingegangen ist der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für 1892.

Vor der Tagesordnung macht Präsident v. Levetzow darauf aufmerksam, daß im Durchschnitt der früheren Jahre die Etatsberatung 13 Sitzungen in Anspruch genommen habe, während jetzt schon 11 Tage zur Erörterung eines einzigen Titels verwendet wurden. Wenn das so fortgeht, könne der Etat bis zum 1. April nicht erledigt werden.

Das Haus setzt dann die Etatsberatung fort. Zur Debatte steht noch immer das Gehalt des Staatssekretärs des Innern.

Reichskanzler Graf Caprivi: Graf Kanitz hat gestern Aeusserungen von mir zitiert, welche ich am 10. November 1891 gethan habe und wo ich den Werth der Industrie für unsere Staatswirtschaft nachzuweisen bemüht war. Graf Kanitz meinte, daß diese Worte hauptsächlich die Unzufriedenheit in den Kreisen der Landwirtschaft erregt hätten. Wenn meine Worte diese Bedeutung gewonnen haben, so hätte Graf Kanitz sich doch an die richtige Quelle wenden sollen, um den wahren Sinn meiner Aeusserungen zu erfahren. Ich habe am 12., zwei Tage darauf, ausgeführt, daß ich mich in einer Weise geäußert hätte, wie sie wohlwollender für die Landwirtschaft nicht sein kann. Nichts hat mir ferner gelegen als eine verlebende Bemerkung für die Landwirtschaft zu machen. (Der Reichskanzler verliest den betreffenden Passus.) Den Vorwurf, welchen Graf Kanitz mir macht, namentlich auch den, daß ich die Wehrkraft des Landes nicht genügend bei meiner Stellungnahme zur Landwirtschaft berücksichtigt habe, ich danach nicht verdient. Im Sommer 1891 verlangte Graf Kanitz die temporäre Herabsetzung oder gar Suspendirung der Kornzölle, und ich glaube mir gerade ein Verdienst erworben zu haben dadurch, daß ich diesem Verlangen widerstand. Würde man solche Ausnahmen einmal, dann kämen die Zölle überhaupt in Gefahr. Ich habe damals der Landwirtschaft einen Dienst geleistet (Zustimmung). Als wir mit Oesterreich verhandelten, lagen sehr starke Motive vor, welche uns nahe legten, weiter mit den Zöllen herunterzugehen; auch dagegen bin ich eingetreten, und die Festlegung der jetzigen Zölle auf 12 Jahre ist ein weiteres Verdienst, welches ich mir um die Landwirtschaft erworben habe. Daß wir damit keinen Dank ernten würden, habe ich vorhergesehen. Die verbündeten Regierungen für den Nothstand der Landwirtschaft, den auch ich anerkenne, verantwortlich zu machen, ist ein sehr eigenthümliches Vorgehen. Jetzt wird von Versammlungen der landwirtschaftlichen Interessenten berichtet, welche die niedrigen Kornpreise allein von der Herabsetzung der Zölle ableiten. Die Preise sind ja bis zu 100 M. niedriger, als vorher; wenn das der Fall ist, so hat daraus eine Zollerniedrigung um 15 M. nur einen Einfluß von 15 M., aber nicht von 100 M.; aber auch diesen hat sie nicht einmal gehabt. Es werden nun andere Dinge angeführt in großer Zahl, unter denen die Landwirtschaft leidet. So einfach, wie man sich in agrarischen Kreisen das vorstellt, lassen sich diese Zustände nicht ändern, auch nicht durch Aenderung des Unterstüthungswohnstiftes. Woran die Landwirtschaft leidet, ist die Folge mehr unversessener Verhältnisse, mit denen wir rechnen müssen, und auch eine kleine Hilfe für die Landwirtschaft, wo sie möglich ist, werden wir nicht von der Hand weisen. Aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß die Verhältnisse der Landwirtschaft von vor 40, 50 Jahren nicht mehr vorhanden sind, daß wir jetzt einen Weltmarkt haben, von dem wir bis zu einem gewissen Grade abhängen. Ähnlich liegt es mit der Frage des Arbeitermangels. Der Zug der Menschen in die Städte und nach dem Westen folgt, wie es scheint, einem Naturgesetz, und dagegen ist mit kleinen Maßregeln nicht viel zu machen. Es ist das die schwerste Aufgabe, welche Regierung und Reichstag erfüllen sollen. Wir haben es mit Naturgesetzen zu thun, welche sich unserer Einwirkung größtentheils entziehen. Mit Klagen gegen die Regierung sollte man also vorsichtiger sein. Wenn Graf Kanitz erklärt, keine Bevorzugung der Landwirtschaft zu wollen, so glaube ich ihm das; aber wenn er gleiches Maß und gleiches Recht verlangt, so erweckt das den Anschein, als ob wir noch in einem halb barbarischen Staate lebten. Bei uns bekommt jeder sein gleiches Recht und soll auch sein gleiches Maß bekommen. Kornzölle sind schwere Lasten für das Land. Nicht Oester, welche die Landwirtschaft bringt, sondern welche für sie gebracht werden (sehr richtig! links) sind es, um die es sich handelt. Ich halte für recht, daß solche Opfer gebracht werden, bitte aber demgemäß, auch mit Klagen gegen die Regierung vorsichtig zu sein und sie nicht zu Anklagen werden zu lassen.

Abg. Graf Kanitz (M.): Ich bin dem Reichskanzler dankbar dafür, daß er die Landwirtschaft als gleichberechtigt neben der Industrie anerkannt hat. Ich habe gestern nichts gethan, als daß ich die Klagen eines gewissen Herrn Ruprecht wiedergegeben habe. Daß die Interessen der Industrie denen der Landwirtschaft vorgezogen sind, ist doch nicht zu leugnen. Ich will aber heute darüber nicht weiter sprechen, sondern lasse mir an den positiven Erklärungen des Reichskanzlers genügen. Wenn er aber die Suspension der Zölle im Sommer 1891 nicht zugelassen hat und damit die Landwirtschaft gefördert zu haben glaubt, so kann ich nur darauf verweisen, daß damals sowohl in Frankreich, als in Schweden die Zölle temporär aufgehoben wurden und daß diese Maßregel beiden Ländern außerordentlich genützt hat, ohne die Zölle zu gefährden. Ich glaube heute noch, daß es bei uns ebenso gekommen wäre. Daß die Zölle auf 12 Jahre gebunden sind, glaubt man im Lande noch nicht recht; in dieser Beziehung wird jedenfalls die heutige Erklärung des Reichskanzlers von der Landwirtschaft mit Freuden begrüßt werden. Ueber die Währungsfrage hat sich der Reichskanzler nicht ausgesprochen. Die Goldwährung hat alle Waaren verbilligt; das hat auch gestern noch Herr Barth ausgesprochen (Widerspruch des Abg. Barth). Ich akzeptiere dieses Zugeständniß dankbar. Wir dürfen daher einen Nachdruck auf die Währungsfrage legen. Bedeutet der Uebergang von der Goldwährung zur Silberwährung eine Verschlechterung des Geldes, so müßte doch der umgekehrte Uebergang eine Verbesserung des Geldes und eine Verschlechterung der Lage des Grundbesitzes bedeuten haben (Zwischenruf des Abg. Barth). Ich bitte den Reichskanzler, diese Frage unangeht im Auge zu behalten. Wenn die Kornzölle eine Last für das Land sind, so müßte doch auch von den Industriezweigen dies gelten. Wir fragen aber diese Zölle freudig. Die landwirtschaftlichen Zölle kommen auch der Industrie zu gute. Diese kann gar nicht bestehen ohne konsumkräftige Landwirtschaft. Das hat Herr Popelius im Abgeordnetenhaus erklärt. Wenn man hier von Last reden wollte, müßten die Landwirthe sich bitter über die hohen Eisenzölle beklagen. Gleiches Maß und gleiches Recht für Alle! Diese Worte wiederhole ich auch heute.

Abg. Wuhl (M.): Ich habe seinerzeit mich auch entschließen müssen, für die Handelsverträge zu stimmen, bin aber noch heute der Meinung, daß im Einzelnen eine ganze

Reihe von Fehlern gemacht worden sind. Beiläufig halte ich nicht für gut, wenn der führende Staat zu sehr in Fragen eingreift, welche der Reichskompetenz unterliegen. Während der Verhandlungen sollte die Regierung die Verbindung mit den wirtschaftlichen Faktoren des Reiches nicht verlieren. (Sehr richtig!) Gegen einen Handelsvertrag mit Rußland kann ich mich aus politischen Gründen nicht ablehnend verhalten; ich halte außerdem dafür, daß die Erstreckung der Meistbegünstigungsklausel für Getreide auf Rußland für den Westen Deutschlands keine oder nur untergeordnete Bedeutung hat. Die gestrigen Ausführungen des Abg. Barth gegen den Großgrundbesitz kann ich nicht unterschreiben, ebenso wenig wie seine Angriffe auf die Politik seit 1879, die er als eine reine Sunstpolitik bezeichnete. Ich muß auch zurückweisen, daß die Getreidezölle für den kleinen Grundbesitz und für den Bauernstand keine Bedeutung hätten. Ich habe schon früher das Gegentheil nachgewiesen. (Auf links: 3 p. S.) Nein, die Zahl der Weiber ist viel größer und mit ihnen hängt der größte Theil der Bevölkerung des platten Landes eng zusammen! Gerade die Getreidezölle ermöglichen es, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung auf dem flachen Lande bleiben kann und nicht in die Städte gedrängt wird, wo sie auf die Löhne drücken muß. Die Herabsetzung des Zolles von 5 Mark auf 3,50 Mark ist keine so große, daß der ermäßigte Zoll der Landwirtschaft das Leben erschwert; er ist ausreichend und darum habe ich für ihn gestimmt. Auch ich bin dem Reichskanzler dankbar dafür, daß er sich so bestimmt für die Aufrechterhaltung der Zölle auf 12 Jahre ausgesprochen hat. (Zwischenruf links.) Die englischen Verhältnisse sind mit den unsrigen absolut nicht zu vergleichen. Außerdem ist die Bewegung für landwirtschaftliche Schulzölle dort im Wachsen. Die Landwirtschaft zu zerrütten würde ich für einen verhängnisvollen Fehler halten. (Beifall rechts.) Der Zug der ländlichen Arbeiter in die Städte ist eine verhängnisvolle Erscheinung. Nicht bloß die Lohnverhältnisse, sondern auch die Vergütungen, welche die Städte bieten, wirken bei dieser Verschiebung mit. Zu dem Versuch einer Abänderung sind wir um so mehr berechtigt, weil für eine große Menge der nach der Stadt Gegangenen das Geld nur ein sehr kurzes ist. Eine Statistik der Arbeitslosen würde das zweifellos ergeben. Die Arbeiter auf dem Lande zu halten, ist in vieler Beziehung eine Wohlthat für die Arbeiter selbst. Andererseits darf an der Freizügigkeit nichts geändert werden. (Lachen links.) Es wird also zu prüfen sein, wie am Unterstüthungswohnstiftes geändert werden kann. Die Hauptsache ist, daß von den Besitzern selber entsprechende Maßregeln getroffen würden, die den Arbeitern das Bleiben auf dem Lande erlauben möchten, vor allem, daß den letzteren die Möglichkeit gegeben würde, Grundbesitz zu erwerben. (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Baumbach (M.): Es ist gestern gewissermaßen im Namen des Ostens wiederholt davon die Rede gewesen, daß man dort sich zu dem Abschluß eines russischen Handelsvertrages nicht günstig stelle. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat man ja diese Bestrebungen und Strebungen zu einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung verurtheilt. An der Seite der Verwaltung eines Haupthandelsplatzes des Ostens stehend, muß ich diese Anschauung als eine ganz einseitige erklären; eine große Anzahl von Großgrundbesitzern lehnt es ab, sich gegen einen Handelsvertrag mit Rußland zu ereifern. Aber nicht bloß Danzig, sondern alle westpreussischen Städte haben auf dem letzten westpreussischen Städtetag in Thorn sich einmüthig dafür ausgesprochen, die guten Beziehungen mit Rußland in Zukunft zu erhalten und zu verbessern und eben also dem Zustandekommen eines Vertrages mit Rußland mit Freuden entgegen. Selbst Herr von Kardorff hat es ja als den Ruin des Ostens bezeichnet, wenn der Handelsvertrag nicht zu Stande kommt, während seine agrarische Parteigenossen, so Herr Graf Mirbach, das Gegentheil behaupten. Diese Discrepanz mögen die Herren unter sich ausmachen. Wir haben hierdurch alle Ursache, für diese Herstellung freundschaftlicher Handelsbeziehungen mit Rußland zu wirken. In Rußland glaubt man vielfach nicht an Angriffsabsichten der russischen Regierungskreise gegen Deutschland, sondern umgekehrt glaubt man daran, daß im Deutschen Reich irgendwo starke Interessen für ein aggressives Vorgehen gegen Rußland vorhanden seien. Herr von Below-Salelle hat neuerdings behauptet, daß an diesem Handelsvertrag nur 30-40 Großhandelsfirmen ein Interesse hätten. Diese Auffassung ist irthümlich. In Westpreußen gab es eine gute Mittelklasse; der Preis für Roggen ist so niedrig, wie nie zuvor. Der unersollte russische Roggen stand auf 101, westpreussischer Roggen auf 120 an der vorgestrichen Danziger Börse. Fracht und Spesen sind bei dem russischen Roggen bereits berechnet. Bei diesem Preise läßt sich westpreussischer Getreide nicht exportieren, gleichviel ob der Zoll auf 50 oder 85 M. bemessen wird. Viel besser stände es mit dem Export, wenn der Identitätsnachweis aufgehoben würde. Bei dem letzten Ministerrath wurde uns diese Maßregel in Aussicht gestellt. Geschehen ist aber nichts. Ich möchte um eine Auskunft bitten, was in dieser Beziehung zu erwarten ist. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Abschlusses eines Handelsvertrages ist in Danzig eine allgemeine. Herr v. Manteuffel hat vorausgesetzt, es werden Konserervative nicht stimmen für den Vertrag. Ich hoffe, auf der Linken werden die fehlenden Stimmen ergänzt werden. Wir haben im Gegenjah zu den Agrariern des preussischen Abgeordnetenhauses das Vertrauen zur Regierung, daß sie es an sich nicht fehlen lassen wird. Wir werden es bezüglich der Unterstüthung auch nicht an uns fehlen lassen. Wir sollen den Ruin der Landwirtschaft wollen, sagte gestern Herr v. Manteuffel. Solche Vorwürfe sollte man doch bloß in landwirtschaftlichen Vereinen thun, nicht aber im Deutschen Reichstage. Wir wollen nur verhindern, daß Landwirtschaft oder gar Großgrundbesitz eine dominirende Stellung im Lande einnehmen. Es mußte seltsam an, wenn bei einer Debatte über Differenzialzölle von dem gleichen Recht für alle geredet wird; in dieser Beziehung sind ja wir es gerade, die das gleiche Recht wollen. Der Zug nach dem Westen hat Ost- und Westpreußen stark betroffen; Ostpreußen hat eine Verminderung der Bevölkerung, Westpreußen auch nur eine Zunahme, welche hinter dem Ueberflusse der Geburten über die Todesfälle erheblich zurückbleibt. Der Grund dafür liegt darin, daß die Umwandlung aus dem Agrarland in den Industrieort sich im Osten noch nicht vollzogen hat. Die Landwirtschaft hat gar keinen Grund, in diesen Entwicklungsprozess einzugreifen oder ihn gar durch künstliche Maßregeln hintanzuhalten und zu durchkreuzen. Ueber eine Revision des Unterstüthungswohnstiftes-Gesetzes ließe sich reden, anders aber liegt es mit dem Freizügigkeitgesetz, und wir möchten gern erfahren, ob bei den Regierungen die Absicht besteht, auch dieses Gesetz zu ändern. Vielleicht äußert sich der Reichskanzler auch über diese Frage. In Sachsen hat sich die Regierung bereits gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen. Ein gemeint Vor schläge auf Abänderung in dieser Hinsicht sind mit Rücksicht auf den sozialen Frieden sehr bedenklich. Die Konservativen sollen doch bedenken, es ist klug ist, die Arbeiter, die alle ein sind, handelt, auf diese Weise aufzuwecken. Schränkt man die Freizügigkeit ein, so wird bald die Verehrlichung und die Preisfreiheit an die Reihe kommen. Es würde sich schließlich um ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter handeln. Sehr merk-

würdig ist es, daß gerade die Konservative Partei uns Verfeinerung und Verknüpfung vorwirft, während sie mit derartigen Vorschlägen kommt! Diese Vorschläge sind dem ganzen Charakter, den ganzen Bestrebungen der Zeit so zuwider, daß ich nicht begreife, wie man auf dergleichen kommt. Das Streben nach Gleichberechtigung ist der Ausgangspunkt auch der sozialistischen Bewegung. Herr Wuhl hat am Schluß seiner sehr agrarischen Rede doch die Freizügigkeit hochgehalten. Es handelt sich hier um ein Grundrecht des deutschen Volkes. Herr v. Manteuffel hat freilich einmal im Herrenhause die Freizügigkeit als nationales Wöhen bezeichnet. Es handelt sich aber um ein Grundrecht des Reiches, für welches wir stets mit der größten Entschiedenheit eintreten werden, und der Erfolg wird uns dabei nicht fehlen. (Beifall links.)

Abg. Graf Mirbach (M.): Die Petition, welche zu der Stellungnahme der sächsischen Regierung bezüglich des Freizügigkeitgesetzes führte, ist nur der Ausdruck der Stimmung im ganzen sächsischen Lande. Wenn die Landwirtschaft schwer um ihre Existenz ringen muß, so ist jede, auch noch so minimale Einwirkung auf die Preise verhängnisvoll. Die heutige Misere ist nicht in erster Linie eine Folge des österreichischen Handelsvertrages. Das gebe ich zu. Unsere Minister haben aber die Aufgabe, sich zu bemühen und darauf zu sinnen, Nothlagen dieser Art von uns abzuwenden. Ich weise die Theorie zurück, als würden irgendwie innerhalb der Reichsgrenzen des Deutschen Reiches irgendwem zu gunsten der Landwirtschaft Opfer aufgelegt. Das System der landwirtschaftlichen Schulzölle ist noch nicht genügend ausgebildet; ich erinnere nur an die Wolle. Das ist kein Vorwurf gegen den jetzigen, sondern gegen den vorigen Reichskanzler. Andererseits haben wir eine schwere Doppelbesteuerung der Landwirtschaft, eine Prägration durch die Stempelgesetzgebung gegenüber dem mobilen Kapital, auch eine schwere Ueberlastung durch die Alters- und Invaliditätsversicherung, die allein höher als die Grundsteuer ist. Eine ganz anormale Stellung nimmt die Landwirtschaft ein in bezug auf die Versicherung dadurch, daß man sie in die Formen des römischen Rechts hineingezwängt hat. Wenn wir Sie auffordern, mit uns an einer Rückbildung unserer Schulden mitzuarbeiten, (Gelächter links) dann versagen Sie sich uns; aber nur dann ist der Grundbesitz in der Lage, die ihm obliegenden Aufgaben zu erfüllen, und wer ein Herz für die arbeitenden Klassen hat, wird unsere Forderungen ernsthaft zu überlegen haben. (Erntes Gelächter links.) Wenn die Landwirthe sich jetzt rühren, um eine größere Berücksichtigung ihrer Interessen zu erreichen, so ist diese Bewegung berechtigt; sie muß nur in die richtigen Bahnen geleitet werden. Wenn jetzt ein Staatsmann in dieser Richtung Zusagen machte, dann würde die Unzufriedenheit schwinden. (Lachen links.) Wir verlangen ein größeres Maß von Wohlwollen und Fürsorge als bisher hervorgetreten ist. Was die Aenderung des Unterstüthungswohnstiftes-Gesetzes betrifft, so sind wir im Osten darüber einig, daß eine Erhaltung des Alters zur Erwerbung des Unterstüthungswohnstiftes erzielt werden muß. Die Freizügigkeit wollen wir nicht gänzlich aufheben, aber eine Beschränkung liegt auch im Interesse der Arbeiter. Gegenseitig überwiegt der Schaden den Nutzen. Wir haben jetzt niedrige Preise; die Handelsverträge sind gemacht, und trotzdem haben wir eine wirtschaftliche Depression, so groß wie nie zuvor. Das liberale Rezept für die allgemeine Glückseligkeit ist also auch nicht das richtige. Bei der Frage des Identitätsnachweises handelt es sich für mich um die Preisbildung. Schon Herr von Scholz hatte uns erklärt, daß eine Gefahr für die Finanzen in der Aufhebung nicht läge; aber die verbündeten Regierungen wollten sich darauf nicht einlassen. Die Aufhebung würde ergeben eine annähernde Ausgleichung der Getreidepreise im ganzen Deutschen Reich. Sie könnte den Westen und Süden nicht schädigen, würden aber dem Osten ganz erheblich nützen. An Rußland will ich aber um keinen Preis eine Konzeption machen, weil wir hier nicht an einzelne Landesheile, sondern an die Lage der ganzen deutschen Landwirtschaft denken müssen. (Sehr wahr! rechts.) Aufhebung des Identitätsnachweises oder andere Gestaltung des Tarifs müssen Sie dem Osten bewilligen, um ihn zu helfen. Den Werth eines autonomen Zolltarifs hat Herr v. Marschall gestern anerkannt. Ich hoffe, daß man von unsern autonomen Zöllen als Kampfzöllen geeignetenfalls recht ausgiebigen Gebrauch macht. Die Silberentwerthung als Wirtzfrage des Rückganges der Preise der landwirtschaftlichen Produkte hat Herr v. Marschall ebenfalls anerkannt (Widerspruch links); ja, Herr Barth leugnet das natürlich, er hat schon ganz vergessen, daß mit dem Steigen des Silberpreises ein Steigen der Getreidepreise in Indien durch die ganze Börse- und freiständige Presse voriges Jahr gemeldet wurde. Nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Barth scheint es ihm das Beste zu sein, wenn die Landwirtschaft einfach in die Pfanne gehauen würde. Herr Barth verwirft die ganze Schutzpolitik als „thöricht“; das ist überhaupt ein Lieblingswort von ihm. (Heiterkeit rechts.) Herr Barth hat dabei übrigens kaum etwas Anderes gesagt, als was auch in dem Wahlausruf der Freizügigen für Arnswalde-Friedeberg über die Werth schätzung der Landwirtschaft gesagt war.

Staatssekretär von Marschall: Dem Wunsche des Abgeordneten Wuhl, vor Abschluß eines Vertrages die Interessenten zu hören, halte ich für durchaus berechtigt. Wir haben auch dementsprechend gehandelt. Ich hebe nur hervor, wie schwierig die Auswahl von Sachverständigen ist, und betone, daß es nicht so sehr darauf ankommt, die Interessenten zu hören, als das Gehörte zu verarbeiten und zu verwerthen. Die Ausführungen des Grafen Mirbach lösen nicht den Widerspruch, der zwischen der Forderung hohen Zollschatzes und der Aufhebung des Identitätsnachweises besteht. Der gestern sichtbare Eifer, die Handelsverträge zu kritisieren, hat heute merkwürdig abgenommen. Nur die allgemeine Behauptung hat man wiederholt, daß diese Tarifverträge nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie zum Schaden gereicht haben. In der Rede des Herrn Popelius, auf die man sich hier bezieht, habe ich auch nicht ein einziges sachliches Wort zum Beweise dieser Behauptung gefunden. Ich möchte umgekehrt fragen, was aus den düsteren Behauptungen geworden ist, welche beim Abschluß der Verträge geäußert wurden. Warum spricht Graf Kanitz gar nicht mehr von dem deutschen Weinbau? Der anderweitig normirte Weinzoll hat alle Vortheile gebracht, welche die Regierung davon erwartete. Der Vertrag mit der Schweiz wurde von demselben Grafen Kanitz lebhaft getadelt. Die Erfahrungen haben aber der Regierung Recht gegeben. Wir hätten heute ohne den Vertrag den schäbsten Zollkrieg mit der Schweiz und hätten Hunderte von Millionen verloren. Dank dem Handelsvertrag haben jetzt Andre den Zollkrieg mit der Schweiz mit allen diesen Folgen (Sehr richtig! links). Man prophezeite den Ruin der Glas- und Papierindustrie, namentlich ging Herr v. Kardorff in dieser Richtung vor. Mit dem vollkommnen Ruin hat es aber nach den Eins- und Ausfuhrzahlen seine guten Wege. Kann man nichts weiter vordringen, so muß gesagt werden, daß die Erfahrungen auf industriellen Gebieten im wesentlichen gute und günstige sind. Graf Mirbach hat die Preisrückgänge wieder auf die Zollermäßigung zurückgeführt. Den Beweis dafür hat er nicht erbracht, weil er nicht erbracht werden kann. Ein Zoll, der die Preisrückgänge ausbille, müßte so hoch sein, daß er auch nicht zwei Jahre bestehen könnte. Wenn an

Parteinachrichten.

In der Unterhaltung, die der Reichstag über den „Zukunftsaussicht“ pflog, meint der Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer: „Die Zukunftsaussicht-Debatte müßte den Mehrheitsparteien nur das lehren: sie sollen trachten die Mißstände aus der Welt zu schaffen, die sie glauben am Zukunftsaussicht zu erblicken, als sie in den Spiegel schauen und das Bild ihres eigenen Staates darin erblickten. Weilen sie sich bei dieser Mission mehr als man seit Menschengedenken von ihnen gewöhnt ist, dann wird der Zukunftsaussicht ihren Schluß nicht mehr hindern.“

In Herzberg (Kreis Schweinitz: Wittenberg) sollte am 29. Januar Genosse Theodor Mehnert aus Berlin über die Militärvorlage sprechen. Das Landrathsammt wies jedoch die Ortspolizei an, die „Erschließung“ zur Versammlung nicht zu erteilen. Auf das Unberechtigte seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht, verwies der Landrath den Einberufer der Versammlung auf den Beschwerdeweg und meinte, er sehe nicht ein, warum sich hier die Leute um die Militärvorlage bekümmern sollten, denn es gäbe doch niemand einen Pfennig dazu. Da die Einladung zur Versammlung nicht widerrufen werden konnte, begann am 29. Januar aus dem ganzen Umgegend Herzbergs eine wahre Völkerwanderung nach dem Lokale, wo Mehnert sprechen sollte. Als die Menschenmenge von dem Verbot in Kenntniß gesetzt war, äußerte sie ihre höchste Entrüstung. Man dürfte sich so etwas nicht gefallen lassen, wurde zornig erklärt, und mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und die nächste Reichstagswahl ging die Menge auseinander. Das Verbot hat uns nur genützt. Die Landbevölkerung sagt sich einfach: Wenn die Sozialdemokraten Unrecht hätten, dann müßte man ihnen die Versammlungen nicht verbieten, denn es wäre ja leicht, sie zu widerlegen; da man sie aber nicht aufzutreten läßt, so werden sie wohl Recht haben, und ihre Versammlungen werden einfach deshalb verboten, weil man ihre Redner nicht zu widerlegen vermag.

Aus dem Wahlkreis Marburg-Niederrhein wird uns geschrieben: Unser Wahlkreis ist der Hauptstich des heftigsten Kadaver-Antifemismus. Die Judenfreier unternehmen hier jetzt eine große Kundreise, wahrscheinlich ist ihrem Hauptplünder Dr. Bödel Bange um seinen Sitz im Reichstage. Selbst der ununterrichtete Bauer muß freilich einmal einsehen, daß ihm von diesem Weltwärts-Bundesdoktor nicht geholfen werden kann, und die Mehrzahl scheint es denn auch schon eingesehen zu haben, denn die Spenden fließen in den Opferkasten der Redaktion des „Reichsherald“ sehr spärlich und die Mitgliederzahl des antifemistischen mitteldeutschen Bauern- und Handwerker-Bundes nimmt stetig ab. Es wäre nun an der Zeit, daß die hiesigen Parteigenossen eine rege und planmäßige Agitation organisirten, um die Landbevölkerung mit den Zielen und Grundrissen der Sozialdemokratie vertraut zu machen. Da uns die Säle systematisch abgetrieben werden, müßte das durch die Verteilung von Broschüren, Flugblätter etc. geschehen. Die Thätigkeit der Genossen in unserm Wahlkreise läßt aber noch recht zu wünschen übrig; den persönlichen Angelegenheiten wird ein viel zu großer Raum gewidmet, so daß die Agitation darunter leidet. Deshalb, Genossen in Stadt und Land, laßt uns brüderlich zusammen arbeiten; immer unermüdet vorwärts für die Sache des arbeitenden Volkes, daneben jede Gelegenheit benutzen, um unsere Kenntnisse zu erweitern, daß sei die Parole; wenn wir in diesem Sinne wirken, wird uns auch der Erfolg sicher sein.

Aus der Stadt der „reinen“ Vernunft. Die Genossen in Königberg i. Pr. hatten bekanntlich nach langem vergeblichen Mühen wieder einen Saal zu Versammlungen bekommen, wenn auch vor dem Thore der Stadt, in dem dann die Arbeitslosen-Versammlungen stattfanden, die den Freisinnigen und sonstigen Liberalen so viel Kopfschmerzen machten. Die Herrlichkeit hat aber nicht lange gedauert. Am Sonntag wollte in dem für uns gewonnenen Lokale, der Villa Bella, der Arbeiter-Wahlverein sein Stiftungsfest feiern. Alle Vorbereitungen waren getroffen. Zwei Tage vorher verbot der Amtsvorsteher das Fest. Der Wahlverein sei ein politischer Verein, Frauen dürften an seinen Versammlungen deshalb nicht teilnehmen, und da das doch der Fall sein werde, so müsse das Fest verboten werden. Und so weiter im Amtstil. Das zwischen Fest und Versammlung seit Omas Zeiten ein Unterschied ist, kümmert die Bürokratie nicht. Sie gönnt es vernünftlich dem Arbeiter nicht, daß er nach des Verleitetes Mühe und Sorge sich mit seiner Familie unter Gleichgesinnten ein paar Stunden erholt. Bemerkt sei noch, daß das Fest so harmlos wie möglich geplant war: Instrumental- und Vokalensemble, sowie Tanz, weiter nichts enthielt das Programm. Um so befremdlicher ist das Verbot. Auf die Vermehrung unserer Anhängerschaft wird's indessen nur günstig wirken.

Partei-Organisation. In Arnstadt i. Th. beschloß eine gutbesuchte Volksversammlung nach einem Vortrage des Genossen Hülle aus Erfurt über die gegenwärtige wirtschaftliche Krise einstimmig die Errichtung eines Reichstags-Wahlvereins für Arnstadt. Eine große Anzahl Personen zeichnete sich sofort als Mitglieder ein.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Wegen einer Rede über die Militärvorlage ist gegen Dr. Luz in Magdeburg Anklage erhoben worden.

Tokales.

Gewerbegericht.

- Nachtrag der Arbeitgeber-Kandidatenliste.**
- 23. Wahlbezirk. 4 Weisler. 68 Wähler.**
 Wahllokal: **Gemeindehause Langestraße 76, Klaffenzimmer links.**
 Paul Scholz, Tapezicer, Grüner Weg 2.
 Hermann Wiesner, Zigarrenfabrikant, Al. Andreasstr. 10.
 Max Wolzmann, Brauwer, Breslaustr. 20.
 Albert Meyer, Posamentier, Andreasstr. 33.
- 24. Wahlbezirk. 3 Weisler. 68 Wähler.**
 Wahllokal: **Koppenstraße 75 a, Turnhalle.**
 Wilhelm Zipfle, Gastwirth, Markusstr. 14.
 Adolf Brinkmann, Schuhmachermeister, Alexanderstr. 45.
 Julius Henke, Gastwirth, Blumenstr. 33.
- 25. Wahlbezirk. 3 Weisler. 68 Wähler.**
 Wahllokal: **Mühlenstr. 49/50, Turnhalle.**
 Konrad Hupe, Zigarrenfabrikant, Gubenerstr. 13.
 Wilhelm Graf, Schneidermeister, Königbergerstr. 10.
 Franz Berndt, Tischlermeister, Ballisadenstr. 33.
- 26. Wahlbezirk. 6 Weisler. 75 Wähler.**
 Wahllokal: **Friedenstr. 37, Turnhalle.**
 Emil Böhl, Gastwirth, Frankfurter Allee 74.
 Otto Zabel, Destillateur, Frankfurter Allee 60.
 Karl Wöhl, Zigarrenfabrikant, Frankfurter Allee 136.
 Wilhelm Pock, Gastwirth, Friedrichsbergerstr. 11.
 J. S. Waderow, Schlossermeister, Kleine Poststr. 6.
 Ernst Adage, Gastwirth, Ballisadenstr. 64/65.
- 27. Wahlbezirk. 4 Weisler. 75 Wähler.**
 Wahllokal: **Strandbergerstr. 8, 1. Klasse, parterre.**
 Wilhelm Thurov, Ristenfabrikant, Strandbergerstr. 28.
 August Zander, Schildermeister, Frankfurterstr. 57.
 Fred. Weber, Gastwirth, Landsbergerstr. 41.
 Oskar Weinberg, Gastwirth, Ballisadenstr. 10.

dem Zoll von 5 M. festgehalten würde und Tarifverträge also nicht zu Stande gekommen wären, dann würde der 5 Mark-Zoll das Opfer der ersten Mähernte, mangels einer solchen aber der Gegenstand fortwährender Agitation geworden sein. Eine vernünftige Zollpolitik soll doch Gegenstände nicht zu erweitern, sondern zu mildern bestrebt sein. Es bleibt für mich dabei, daß die Handelsverträge ein Segen für das Land gewesen sind und daß auch die Landwirtschaft keinen Schaden dadurch erlitten hat.

Reichskanzler Graf von Caprivi: Im Anschluß an diese Ausführungen trete ich nochmals für die Beamten ein, welche die Handelsverträge abgeschlossen haben. Es hat an Verdächtigungen derselben nicht gefehlt, und ich halte es für eine der schönsten Pflichten der Vorgesetzten, für diese Angegriffenen einzutreten zu können. Nur ungern befaße ich mich hier mit Ausführungen in irgend einem Einzel-Bandtage, aber eine Aeußerung im preussischen Abgeordnetenhaus vom 9. Februar zwingt mich dazu. Da heißt es bei einem Redner: „Es ist mir nun aus österreichischer Quelle bekannt geworden, daß der Vertreter des preussischen Handelsministeriums bei den Verhandlungen in Wien alles aufgegeben hat, um die einmal beschlossene Herabminderung der landwirtschaftlichen Zölle auszugleichen, aber der Vertreter des preussischen Handelsministeriums fand bei seinen Kommisariaten nicht die geringste Unterstützung.“ Diese nicht zu qualifizierende Insinuation (hört! hört! links) richtet sich gegen den Geheimrath Huber, den ich hier öffentlich nenne, um ihm ein ehrendes Zeugniß auszusprechen. Geheimrath Huber ist seit 1871 von mir und meinem Vorgänger verbannt worden, um Handelsverträge abzuschließen. Es ist gar nicht möglich, daß ein Beamter oder mehrere einen solchen Einfluß gewinnen kann; sie bekommen eine feste Marschroute und bestimmte Instruktion mit; in allen zweifelhaften Fällen wird angefragt; wieviel ist Herr Huber persönlich hier erschienen, um neue Instruktion zu holen, und da scheut man sich nicht, einen solchen Beamten zu verdächtigen! Greifen Sie mich doch, aber nicht meine Beamten an! Wo soll die Disziplin bleiben, wenn solche Angriffe weiter erhoben werden? Dann werden ja diese Beamten versucht sein, solchen Einflüssen mehr nachzugeben, als den Vorschriften ihrer Vorgesetzten. Ihr Selbstgefühl müßte darunter leiden. Aber auch den Beamten aus dem preussischen Handelsministerium muß ich in Schutz nehmen; denn nur der könnte die Aeußerung gethan haben; es ist aber ganz unmöglich, daß ein preussischer Staatsbeamter seine Pflicht der Kollegialität so weit vergessen haben sollte! (Weisfall links.)

Abg. Schulte-Königsberg (Soz.): Es wird hier immerfort von dem Nothstande der großen und kleinen Besitzler gesprochen, aber kein Wort hört man von dem Nothstande der ländlichen Arbeiter in den östlichen Provinzen, der traurigen Frucht-Jahresernte langer Missernte in diesen noch heute halb feudalen Bezirken. Aus diesem Zustande ist für den ländlichen Arbeiter des Ostens nur ein Entrinnen möglich und zwar durch die Freigabe, und diese will man jetzt den armen Leuten auch noch nehmen! Im Durchschnitt sind die ländlichen Arbeiterfamilien im Osten, namentlich in Ostpreußen so gestellt, daß eine Familie nach Abzug der Kosten für die Scharwerke den jährlichen Betrag von 288 M. jährlich übrig behält! Davon soll sie leben! (Hört, hört! links.) Redner giebt eine ausführliche Aufrechnung der Einkommensverhältnisse der ländlichen Arbeiter und befreit gegen dem Abg. Buhl, daß die ländlichen Arbeiter durch die Vergnügungssucht in die Städte geführt werden. In Ostpreußen gebe es keine entwickelte Industrie, und es seien in den ostpreussischen Städten der Gelegenheiten zu Vergnügungen äußerst wenige; die Möglichkeit für die Arbeiter, noch feste zu feiern, werde schon durch die Fürsorge der Behörden beseitigt. Jedes Lokal, welches Arbeiterversammlungen aufnehmen, werde von allen Behörden, in erster Linie von der Militärbehörde, konfiszirt; aber nicht bloß die Wohnverhältnisse, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und die Behandlung drängen die ländlichen Arbeiter aus ihrer Heimath fort. Unglaubliche Fälle von Mißhandlungen und Bestialität der Grundbesitzer gegen die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden mir berichtet. Graf Kanitz ist ärgerlich darüber, daß in den Vororten der großen Städte Arbeiterquartiere und große Miethskasernen entstehen, und meint, daß der billige Vorortaris daran Schuld sei. Diese Verhältnisse geben aber doch gerade den Großgrundbesitzern keine Veranlassung zur Klage, weil aus dem Lande die Wohnungsverhältnisse noch viel schlechter sind. In fünf- oder sechsstöckigen Häusern zu wohnen ist kein Vergnügen, aber in den Wohnungen ihrer armen ländlichen Arbeiter würden die Herren Konservativen auf ihren eigenen Vätern doch nicht einmal probeweise wohnen wollen. (Heiterkeit links.) Man weiß hier immer darauf hin, daß die Landwirtschaft keine hohen Löhne zahlen kann. Aber ist es nicht ein Unbegriff, daß die ländlichen Arbeiter nicht Antheil nehmen sollen an dem allgemeinen Kulturfortschritt? Gerade sie sind es ja, welche durch ihre intensive Arbeit den Kulturfortschritt der übrigen Bevölkerung ermöglichen. Was nun die Herabsetzung der Getreidezölle gegen Rußland betrifft, so hat Herr Buhl zwar behauptet, aber nicht erwiesen, daß auch für die ländlichen Arbeiter ein Nutzen aus dem Getreidezölle erwächst. Nach statistischen Zeugnissen hat sich gerade in Bayern die Lage des kleinen Grundbesitzes und der ländlichen Arbeiter durch die Getreidezölle verschlechtert. Was man als mäßigen Getreidezoll ansehen soll, darüber besteht ja eben der Streit. Die Lage der ländlichen Arbeiter ist eine ganz außerordentlich traurige; bei ihnen besteht ein allgemeiner Nothstand. Die fortschreitende Erkenntniß ihrer Klassenlage wird auch diese Massen revolutioniren und ihnen die Ueberzeugung beibringen, daß sie von dem Grafen Kanitz und seines gleichen nichts zu hoffen haben. Wenn Sie sich dagegen wehren wollen, daß wir ihnen die ländlichen Arbeiter abspenstig machen oder wegtreiben, dann sorgen Sie dafür, daß sie eine menschenwürdige Behandlung erfahren und menschenwürdige Löhne erhalten. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mikert (Df.): Ich kann mir wohl denken, daß es dem Reichskanzler nicht klar geworden ist, woher diese Sturmzeichen kommen, die jetzt aufstehen. Diese Sturmzeichen, welche Herr Krenndt im preussischen Abgeordnetenhaus so nannte, sind nichts als ein Kunstprodukt, erzeugt von den Agrariern und denen, die hinter ihnen stehen. Herr Krenndt ist ja, wie wir wissen, auch persönlich verkehrt und daher besonders eifrig in dieser Arbeit. Dabei weiß man absolut nicht, woher den Agrariern im Lande jetzt plötzlich die Gelenkung kommt, daß der Handelsvertrag mit Rußland den Ruin der Landwirtschaft bedeutet. Herr v. Kardorff hat sich direkt für einen solchen Vertrag ausgesprochen. Welche Gründe sind vorhanden für diese veränderte Stellung? Sie brauchen einen Frontangriff gegen den Reichskanzler und gegen den Landwirtschafts-Minister. Wir können doch unsererseits nicht die Details hier öffentlich behandeln; Ihre Gründe aber enthalten Sie uns vor. Wir glauben unentwegt, daß der russische Handelsvertrag hier im Reichstage mit großer Mehrheit angenommen und dem Reichskanzler zum Verdienst angerechnet werden wird. Der Lou, den heute Graf Mirbach angeschlossen, erinnert sehr lebhaft an die Verhandlung der jüngsten Bauernversammlung in Belgard und Bromberg. Der Reichskanzler ist lediglich eingelenkt in die Wege der alten preussischen Handelsvertragspolitik, die gerade Herr v. Mirbach 1862 beim Abschluß des französischen Handelsvertrages so warm verteidigt hat. Sie (rechts) haben diese Politik ebenso warm vertheidigt, jetzt aber verlassen. Bei Ihren Forderungen fehlt bloß noch, daß Sie auch verlangen, der Staat solle einfach die Schuld der Landwirtschaft auf sich nehmen! Graf Kanitz hat Herrn Popelius zitiert; aus seiner Rede stammt der Ausfall gegen den Geheimrath Huber. Herr Popelius will es allerdings von einem österreichischen Kommisar erfahren haben. Heute hat nun Herr Krenndt im preussischen Abgeordnetenhaus direkt den Geheimrath Huber als eine in dieser Beziehung Bedenken hervorrufende Persönlichkeit bezeichnet, weil er ein ausgesprochener Freihändler sei. So weit gehen die Herren nun schon. Solche Kritik hätte sich ein Freisinniger erlauben sollen! Wie wäre man da mit

dem Vorwurf von Inloyalität und Vaterlandslosigkeit über uns hergefallen! Den Herren rechts aber ist so etwas erlaubt. Was ich dabei am meisten bedauere, ist diese Art, Mißtrauen zu wecken gegen die Ehrlichkeit der Regierung, die diese Verhandlung führt. Was mich es im Auslande für eine Vorstellung von der Desorganisation der Regierung erwecken, wenn es heißt, der preussische Handelsminister hätte Anstrengungen gemacht in der erwähnten Richtung, aber die Reichskommissarien hätten ihn nicht unterstützt! Die Herren organisiren jetzt mit allen Mitteln den Ansturm und werden auch das Lob des Herrn Ruprecht ernten, ob aber auch die Anerkennung des Landes, das ist eine andere Frage. Daß es dem östlichen Großgrundbesitz schlecht geht, wissen wir; aber die gegenwärtige Zollpolitik dafür verantwortlich zu machen, können bloß Agrarier fertig bekommen. Es ist undankbar, daß der Reichskanzler sich für die Großgrundbesitzer so geopfert hat. Sie sind ihm nicht dankbar, und wir sind ihm auch nicht dankbar, daß er einen so hohen Zoll festgelegt hat, den auch Fürst Bismarck früher als einen solchen bezeichnet hat, an den auch der verrückteste Agrarier nicht denken würde. Trifft denn die gegenwärtige Regierung die Schuld an der Unzufriedenheit der Landwirtschaft? Wir glauben die Schuld, von wo aus die jetzige Bewegung dirigirt wird, ganz genau erkennen zu können. Wer trägt denn die Schuld an der Unzufriedenheit, wer ist der eigentliche Sündenbock? Es kommen jetzt die Früchte jener Saat der Bismarckschen Politik zum Vorschein (Große Unruhe rechts). Die sächsische Petition, welche den Anlaß zu der Schlacht im Abgeordnetenhaus giebt, stellt als Ursache der Unzufriedenheit die sozialpolitischen Gesetze und die Steuer-Gesetzgebung hin. Graf Mirbach hat damals ein sicheres Vorgefühl für die Mißstimmung der landwirtschaftlichen Kreise gehabt, greift aber jetzt mit den andern Herren Agrariern den jetzigen ganz unschuldigen Reichskanzler an! Sie sind doch mit Hosannah in jene Politik hineingezogen, als wir Sie warnten. Das sind jetzt die Früchte dieser Politik. Je schneller der Reichskanzler mit dieser Politik bricht, desto besser für uns und das Vaterland! (Weisfall links.)

Staatssekretär von Witticher: Bei den Verhandlungen mit Oesterreich sind Kommissarien des Reichskanzlers, des preussischen Handelsministers und Kommissarien von Bayern und anderen Einzelstaaten zugezogen worden. Die Beratungen sind sehr eingehende gewesen, das Material lag in den Berichten der Handelskammern, in dem Gutachten des deutschen Handelstages und in den Aeußerungen der einzelnen Bundesregierungen vor, worin auch die Landwirtschaft zu Gehör gekommen ist, da die Regierung sie unabweislich darüber befragt hat. (Zuruf rechts.) Auf Grund der Prüfung dieses Materials wurden die Instruktionen vom Auswärtigen Amt und vom Reichsamt des Innern ausgearbeitet. In Wien war ein Vertreter des Reichsamts des Innern, des Schatzamtes, des preussischen Handels- und Finanzministers, 2 Kommissare des Auswärtigen Amtes und 4 Vertreter von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden anwesend. Es ist ganz undenkbar, daß ein Vertreter auf die anderen irgend einen maßgebenden Einfluß gewinnen konnte; die Instruktion war absolut bindend und andere Konzeptionen, als in der Instruktion enthalten waren, konnten gar nicht gemacht werden; sämtliche Berichte sind von sämtlichen Kommissarien vorgelesen worden. Eine abweichende Meinung hätte in den Berichten zum Ausdruck gebracht werden müssen. Die ganze Behauptung leidet also an einer außerordentlich großen Unwahrscheinlichkeit. Der Oesterreicher dürfte ein dunkler Ehrenmann sein, (Heiterkeit links) denn ich habe von Oesterreichern ganz andere Urtheile gehört. Der ungarische Handelsminister Baros war auf die Wahrung der ungarischen agrarischen Interessen sehr bedacht und erzuhr oft energischen Widerspruch von den deutschen Kommissarien. Er sagte bei einer Gelegenheit zu dem deutschen Kommissar: Sie schämen mir ja die Kehle zusammen! Und daraus antwortete der deutsche Kommissar ruhig: Es ist laut meine Instruktion nicht! (Heiterkeit.) Gerade diese Haltung hat unseren Kommissarien zu Erfolgen verholpen; sie werden auch bei ferneren Verhandlungen ihre Schuldigkeit thun und das Vertrauen der Regierung zu den Beamten wird durch solche Zwischenereien nicht erschüttert.

Abg. Ramberger (Df.): Bei der eigenthümlichen Zusammenfassung des Hauses ist absolut unabweisbar, wenn diese Debatten zu Ende kommen wird. Die Debatten der letzten Tage sind eine konsequente Fortsetzung der von den Sozialdemokraten eingeleiteten Nothstandsdebatte. Ich halte den Nothstand der Proletarier allerdings für viel thatsächlicher, als den der Agrarier. Auch das Auftreten der ersteren ist viel weniger bedenklich für den Zustand und die Zukunft unserer Gesetzgebung, als dasjenige der Agrarier. Wenn die Mehrheit nicht will, kann die Sozialdemokratie nichts durchsetzen; wenn aber die Agrarier anführen gegen alle Grundlagen der Gesetzgebung und Verfassung wie im preussischen Abgeordnetenhaus, so ist das viel bedenklicher, weil sie in der Macht und an der Regierung sitzen, daß die Regierung Fronteure aus ihren eigenen Reihen zu entfernen nicht im Geringsten für angezeigt hält. Ich ehre die Courage und Schneidigkeit der Junkerpartei, die sich vor keiner Regierung scheut; ich verlege ihr nicht die Achtung, so lange sie korrekt austritt. Aber bedenklich bleibt ihr Vorgehen im höchsten Grade. In den Worten des Herrn Ruprecht: Wir müssen unter die Sozialdemokraten gehen! liegt ein tiefer Sinn; man nimmt die sozialdemokratische Methode an. Gegen diese protektive ich und bekämpfe sie. Die Methode, immer von neuem Unzufriedenheit zu predigen, wird jetzt vervollkommen in Versammlungen. Es ist das alles ja nur ein Vortheil für die große Aktion, die am 18. Februar von den Agrariern gegen das Deutsche Reich und gegen die Parteien, welche die Handelsverträge angenommen haben, in Szene gesetzt werden soll. Waren Sie denn mit 5 M. Zoll zufrieden? Die Landwirtschaft war immer unzufrieden (Widerspruch rechts). Diese Methode ist es, welche ich vor dem Lande beklage; sie paßt am wenigsten für eine konservative Partei. Ihr System ist ganz einfach: Der Staat bin ich! Da ist mir ein absoluter König viel lieber, denn der repräsentirt wenigstens noch die Gesamtheit. Die Konservativen sagen: Wir erhalten den Staat, folglich müssen wir von ihm erhalten werden. Das ist ein logischer Widerspruch. Wenn Sie alles belamen, was Sie verlangen, Aufhebung der Freigabe, höhere Zölle, Doppelwährung, Sie würden immer noch nicht zufrieden sein. Die Imagination spielt hier eine viel größere Rolle als der Eigennuß. Jetzt kommen Sie mit der Währungsfrage wieder, die erst vor wenig Wochen gründlich erörtert wurde. Ich halte dies theoretische Währungsreden nicht mehr. Herr von Marschall hätte doch mit seiner Bemerkung über die Entwertung des Silbers vorichtig sein sollen. Man weiß doch nicht, ob seine Kollegen vom Reichskanzler ebenso denken. Mit dieser Aeußerung hat Herr von Marschall eine Stange herausgeworfen, an welche sich die Bimetallisten gleich anhängen werden. Graf Mirbach greift zwar meinen Freund Borth persönlich an, hat aber dessen Behauptungen und Ausführungen nicht widerlegt, sondern nur Gegenbehauptungen aufgestellt, unter denen die von dem Steigen des Getreidepreises konform dem Steigen des Silberpreises die überraschendste aber auch die haltloseste war. Die Silberproduktion hat sich in den letzten Jahrzehnten verdreifacht, da kann doch der Preis unmöglich gleich hoch bleiben, er muß sinken. Ich kann die Regierung nur bitten, fest auf dem Standpunkt zu stehen, daß an der deutschen Währung nicht gerüttelt werden soll. Wäre es denn gerechtfertigt, lediglich um der Landwirtschaft willen ein anderes Währungssystem zu machen? Mit diesen Bestrebungen verständig man sich an dem nationalen Interesse im weitesten Sinne des Wortes. Der Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland ist für uns eine Armeekrieg. Hieraus wird die Debatte vertagt.

Schluß 7/8 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

28. Wahlbezirk. 6 Wähler, 60 Wähler.

Wahllokal: Georgenstraße 11, Turuhalle.
Oskar Weinberg, Gastwirt, Elisabethstraße 10.
Wihl. Graf, Schneidermeister, Königbergerstraße 10.
Adolf Brinkmann, Schuhmacherehrer, Alexanderstraße 45.
Franz Berndt, Tischlermeister, Wallfadenstraße 35.
Max Solzmann, Graveur, Westlauerstraße 20.
August Motes, Zigarrenfabrikant, Postenstraße 11.

Herr Zelle kam, Herr Kunze rief: laßt mir herein den Alten. Der Schloßplatz steht wieder einmal in Gefahr mit der Gräbe, die in Ententeichen sich bildet, überzogen zu werden. Wie lang ist es her, daß die Herren vom Freisinn im Rothen Hause und im Abgeordnetenhaus vom Wasserstiesel-Eugen bis zum Bierreden-Meyer ihren Muth vor Königs-Thronen, der in ihrer zöttigen Krust keine Spannkraft über, ihren Wählern als völlig intakt ausjudosaußen und sich deshalb über die Kunze'schen Schloßplatz, Schloßfreiberg, Ententeich- und Rampenprojekte zu enträufen? Schon damals verhehlte sich kein Arbeiter, daß dieser Bourgeois, muth* zerfleht wie Butter an der Sonne. Er ist jerslossen: Herr Oberbürgermeister Zelle legt auf ein stimmigen Beschluß all Derer vom Magistrat mit der goldenen Kette ein Projekt zum Umbau der Kurfürstenbrücke nebst Nachbarschaft der Stadtordeordneten-Verammlung vor, dessen Ausführung der Ausführung von drei Vierteln des Kunze'schen Ententeichprojektes gleichkommt. Der Magistrat beantragt einstimmig, den bereits am 8. Januar 1891 von der Stadtordeordneten-Verammlung gefaßten Beschluß betreffend den Umbau der Kurfürsten-Brücke und gleichzeitige Erweiterung der Nordseite der Königsstraße aufzugeben und statt dessen einen Projekt zuzustimmen, das die Häuser auf dem Schloßplatz zwischen der Weitenstraße und der Brücke niedergelegt und die Südseite der Königsstraße verbreitert sehen will. Weßhalb soll der zwei Jahre alte Beschluß nicht ausgeführt werden? Ist er unausführbar? O nein — im Gegenteil, der Magistrat theilt mit, daß selbst der Minister der öffentlichen Arbeiten, an den die Prüfung des am 20. Januar 1891 eingereichten Bauplanes schließlich ging, am 6. Januar 1893 bezeugt habe, daß gegen dies Projekt in technischer und architektonischer Hinsicht Einwendungen nicht zu erheben sind. Aber derselbe Minister hat den Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß das von patriotisch-ersterbenden Stadtvätern aus dem Stadtsäckel geschenkte Jordenbeden — den Verkehr beeinträchtigt — einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins — daß der von ihm vorgeschlagene, jetzt vorgelegte (in voller Ueber-einstimmung mit dem bekannten Kunze'schen Schloßterrasse- und Ententeichprojekten bestehende) Plan, dem Schloßplatz eine seinem monumentalen Charakter entsprechende Form geben würde, und daß er das Vertrauen hege, daß die Auffassung der städtischen Behörden eine von höheren Gesichtspunkten geleitete sein werde. Den Ueberfluß an Strebertum und Friererei, der nothwendig ist, um das ministerielle Vertrauen nicht zu täuschen, hofft Herr Zelle auch bei der Mehrheit der Stadtordeordneten zu finden. Er hat auch nicht einmal angedeutet, wie viel Millionen die Spielerei kosten würde: er hofft, daß die Mehrheit muthig vor ihren eigenen Beschläßen zurückweichen wird. Auch darüber, ob die königliche Kabinetskassa einen Beitrag zu den Kosten leisten wird, oder ob dieselben durch eine Lotterie aufgebracht werden sollen, schweigt Herr Zelle's Höflichkeit. Selbsterhebend werden unsere Genossen im Rothen Hause die in der Vortage ihnen gestellte Summierung rundweg, deutlich und blühdig ablehnen: aber sollte Herrn Zelle's Vertrauen auf seine politischen Freunde Täuschung sein? Warum nicht Prachtbauten auf Sol's Kosten bewilligen, während der Rothenhaus der Arbeiter schlantweg gelugnet wird? Weßhalb nicht „höhere n“ Gesichtspunkten zugänglich sein? Heute (Donnerstag) findet die Beratung im Rathhause statt.

Der städtischen Desinfektions-Anstalt, zu welcher der Zugang nur vom Kottbusser Ufer 19 stattfinden darf, sind wiederholte von außerhalb Betten, Kleider, Wäsche und andere Gegenstände zur Desinfektion zugegangen, welche durchaus ungenügend verpackt gewesen sind. Da die ungenügender Verpackung der infizierten Sachen leicht eine Uebertragung von ansteckenden Krankheiten auf das mit dem Transport betraute Personal stattfinden kann, so hat der Magistrat bestimmt, daß alle der städtischen Desinfektionsanstalt, Kottbusser Ufer 19 hier selbst, von außerhalb, einschließlich der benachbarten Ortshäusern, zur Desinfektion zugehenden Gegenstände in festen, im Innern mit Blech ausgelegten Kisten verpackt werden müssen. Inwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden dem königlichen Polizeipräsidenten behufs nachträglicher Bestrafung angezeigt werden. Die Rückgabe der von auswärts zur Desinfektion eingelieferten Gegenstände erfolgt nur nach vorheriger Beziehung beziehungsweise unter Nachnahme der tarifmäßigen Gebühren.

Den Amtsvorsteher Schmod in Schöneberg lassen die Vorbeeren nicht ruhen, die er sich im vorigen Monat durch das Ausschreiben erregende Verbot der Arbeitslosen-Verammlungen erworben hat. Auf ein am 6. Februar vom Arbeiter-Bildungsverein in Schöneberg an den Amtsvorsteher gerichtetes Gesuch um Ertheilung der Erlaubnis zur Abhaltung eines vom Verein für den 11. d. M. geplanten Maskenballes erhielt der Verein am 9. d. M. Abends folgende blühende Bescheid: „Zyren in der Eingabe vom 6. d. M. gestellten Gesuchen um Ertheilung der Erlaubnis, am 11. d. M. einen Maskenball veranstalten zu dürfen, kann nicht entsprochen werden. Dasselbe wird somit abgelehnt. Der Amtsvorsteher, gez. Schmod. Welche Gründe den Herrn Amtsvorsteher zu seiner Abweisung veranlaßt haben, bleibt, wie ersichtlich, in geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Man scheint sich mithin in Schöneberg eifrig zu bemühen, den Arbeitern die Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit unserer Staatseintichtungen so drastisch wie möglich vor Augen zu führen.“

Eine Agitations-tour wurde vor kurzen von ca. 40 Genossen aus Wilmersdorf und Schmargendorf unternommen. Die Fahrt wurde früh Morgens vom Anhalter Bahnhof aus angetreten und endete in Ludwigsfelde. Von dort aus ging es durch die Ortshäuser Regendorf, Wittstock, Wendisch-Wilmersdorf, Ruhndorf, Christinendorf, Gadsdorf und Ländersdorf. Als Agitationsmaterial gelangte in den genannten Dörfern die neueste Nummer des „Volksblatt für Teltow“, ferner die Broschüren „Nieder mit den Sozialdemokraten“, „Zur Land-agitation“, sowie einige Nummern des „Vorwärts“ und „Wahren Jakob“ zur Vertheilung. Wenn auch der letztere weniger von agitatorischem Werthe ist, so konnte doch die Nachfrage der Landbevölkerung nach „wat Bunters“ befriedigt werden. Die Aufnahme war, abgesehen von einigen Ortshäusern, im Großen und Ganzen eine freundliche. In selbst in Ländersdorf, wo es während der letzten Reichstagswahl zu einer „Schlacht“ kam, war man jetzt friedlicher gestimmt. Immerhin wird es noch mancher Anstrengungen bedürfen, ehe hier auf Erfolge zu rechnen ist, denn es gilt vor allen Dingen Vorurtheil und Unwissenheit, beides in Fülle vorhanden, zu beseitigen.

Der Verein „Freie Volkshöhle“ veranstaltet am Sonntag den 18. Februar, Abends 9 Uhr, ein Winterfest, das aus einem mit Deklamation verbundenen Künstlerkonzert bestehen soll. Mit freundlicher Bewilligung der Herren Wegder und Meding werden 50 Mitglieder der Meyder'schen Kapelle unter der Direktion des Konzertmeisters Herrn Hellriegel das Konzert ausführen, dessen Hauptstücke Beethoven's e moll-Symphonie Nr. 5 und St. Sabas' danto macabre bilden. Für die Deklamationen haben die Herren Molenaar vom Lessing-Theater und Paris vom Victoria-Theater ihre Mitwirkung zugesagt. Die nächste Serie der Vorstellungen des Vereins findet im Lessing-Theater statt, und zwar für die 1. Abtheilung am 19. und für die 2. Abtheilung am 20. Februar. Zur Aufführung gelangt

„Das vierle Gebot“ von August Strindberg. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Seraphine Detsch, Marie Ernst, Jenny Groß und Marie Meyer, der Herren Brandt, Horn, Kober, Pechter, Schönfeld und Waldow.

Religion und Pragis. Sechs Tage sollst Du arbeiten, und am Siebenten ruhen, sagt die Heilige Schrift. Auf dem Kirchenbau an der Stargarder Straße soll aber am letzten Sonntag sogar während des Hauptgottesdienstes gearbeitet worden sein, während viele Tausende arbeitslos die Straßen Berlins durchirren, so daß es ein Leichtes wäre, durch Ueberanstrengung von Arbeitern die Arbeit wochentags verrichten zu lassen. Wie denken unsere Frommen über diese Nichtbeachtung der Sonntagstruhe? Meinen sie, auch in diesem Falle gelte das Wort, wonach man die linke Hand nicht wissen lasse, was die rechte thut? Dann sind wir bibelsteter als sie, denn Sonntagarbeit ist mit jenem Worte nicht gemeint.

Die Rücksichtslosigkeit gegen Arbeitsuchende bei der Nothlage, in welcher sich die Arbeiter befinden, lenkt kaum noch eine Grenze. Da fragt ein Maurer nach mehrmonatlicher Arbeitslosigkeit auf einem Bau in der Köpenicker Straße beim Polier nach Arbeit an. Dieser erklärt sich bereit, ihn einzustellen, wenn er von dem Meister eine Bescheinigung hole. Der Maurer eilt zu demselben nach dessen Komptoir in der Greifmalderstraße. Dort erklärt der Geschäftsführer, daß er zwar kein Mitglied der freien Hilfskasse einstellen solle, aber diesmal eine Ausnahme mache. Schon hat er den Annahme-Schein ausgefüllt und will den Stempel darauf drücken, als er an ein Telefon gerufen wird, und von demselben Polier, der den Maurer den weiten Weg gesandt hatte, benachrichtigt wird, denselben nicht einzustellen. Der Maurer, der sich bereits gestreut hatte, endlich Arbeit zu finden, war also genasführt. Diese Behandlung Arbeitsloser ist in der gegenwärtigen Gesellschaft so gang und gäbe, daß es keinem von den Arbeitern einfallt, sich mit den Beschuldigungen der Herren Richter und Sachem gegen den „Zukunftsaar“ dieser Herren zu beschäftigen. Jedensfalls, denken sie, kann es in diesem ihnen nicht schlimmer gehen, als in dem gegenwärtigen. —

Eine bemerkenswerthe Promotion fand in voriger Woche an der Berliner Universität statt. Der betreffende Doktorand, Max Meyer, wurde im Jahre 1865 zu Berlin blind geboren und besuchte, nachdem ihm der erste Unterricht von einem Blindenlehrer ertheilt worden war, das hiesige Sophien-Realgymnasium. Er wurde stets als bester Schüler verzeichnet und bestand mit Auszeichnung das Abiturientenexamen, wobei ihm die schriftliche Prüfung erlassen wurde. Darauf studierte er mehrere Jahre hindurch auf der hiesigen Universität Mathematik, Physik und Philosophie. Mit rastlosem Fleiß und seltener Tapferkeit verfaßte er nach beendetem Studium eine Dissertation aus dem Gebiete der Differentialgleichungen, die, wie einer der Opponenten, der Privatdozent Dr. Schlesinger, bemerkte, eine dankenswerthe Bereicherung der mathematischen Wissenschaft bildet. Der Dean der philosophischen Fakultät, Professor Pirchfeld, beglückwünschte nach der üblichen Vertheidigung der Thesen den jungen Doktor, der mit Ueberwindung so großer Schwierigkeiten diese akademische Würde erlangt habe.

Von einer kaiserlichen Equipage überfahren wurde gestern Abend an der Ecke der Friedriehstraße und Unter den Linden eine etwa vierzigjährige Frau. Diese war gerade mit knapper Noth einer Droschke ausgewichen und lief blindlings direkt auf die Pferde der Hof-Equipage, in der sich Gäste zu dem im Schlosse stattfindenden Hofnachtsball befanden, zu. Sie wurde niedergedrückt und die beiden feurigen Pferde stürzten über sie weg. Da der Kutscher keine Anstalt machte, zu halten, gingen der bedauernswürdigen Frau die Näher über den Leib und über die Beine. Die anscheinend schwerverletzte wurde von mehreren Schutzleuten in eine Droschke getragen und dann zur Charite gelehrt. Ein berittener Schutzmann sprengte der Hof-Equipage sofort nach, um die Personalien des Kaisers festzustellen.

Kurz vorher waren an derselben Stelle zwei Kinder überfahren. Dieselben haben Verletzungen an den Beinen und Füßen erlitten, so daß sie ebenfalls mittels einer Droschke zur Charite transportirt werden mußten.

Wenn ein Mörder ergriffen und überführt wird, dann dreht sich stets die Diskussion weiter Kreise um die Frage, was wird mit ihm geschehen, wird er geköpft oder zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt werden. Ist der Mörder aber noch so jung, daß er zur Zeit der That das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, er daher weder zum Tode noch zu Zuchthaus verurtheilt werden kann, dann lautet die zur Diskussion stehende Frage so: „Was wird aus dem Menschen werden, wenn er seine höchstens fünfzehn Jahre Gefängnis verbüßt hat und wieder in Freiheit gesetzt wird?“ Der Spießbürger ist schnell mit der Antwort zur Hand: „Dann schlägt er bei nächster Gelegenheit einen anderen todt!“ Momentan ist die Frage wieder aktuell. Es dürfte daher viele Weser interessieren, daß im Orien Berlins ein Mann wohnt, dem es keine Anstalt, welche Vergangenes er hat. Es sind 25—30 Jahre her, daß in Berlin ein Schneidermeister durch seinen Gelehen ermordet wurde. Der Gelehe war noch im jugendlichen Alter, er wurde mit fünfzehn Jahren Gefängnis bestraft und hat diese Strafe verbüßt. Als er wieder in die Freiheit trat, brachte er eine verhältnismäßig beträchtliche Summe im Gefängnis ersparten Uebererbesientes mit. Es gelang ihm, sich von zudringlichen früheren Genossen fernzubalten, mit seinem Gelde begann er einen kleinen Kartoffelhandel, der sich allmählich vergrößerte. Heute ist der Mann einer der reichsten Kartoffelhändler Berlins. Wenn er des Abends aus dem Konzert oder dem Theater kommt, wenn auf seinem starken Embonpoint die goldene Halstertette und an seinen fleischigen Händen die Brillanten blitzen und glitzern, wenn er dann seinen „Johann“ ruft und er in die eigene Equipage steigt, dann ahnt niemand, daß der Mann einst einen Mord verübt hat. Der Erfolg ist für uns noch kein Beweis der sittlichen Hebung; wohl aber zeigt dieser Fall, wie der Besitz eines kleinen Kapitals und glückliche Umstände dazu führen, jemanden, der unter anderen Verhältnissen zum Verbrecher geworden, zu einem „Rufsbürger“ umzugestalten.

Der unbekannt Mann, der in dem Hause Weinstraße 2 todt aufgefunden und der gestern durch seine Braut als der Arbeiter Karl Prüfer erkannt wurde, war 27 Jahre alt und wohnte Stranßbergerstraße 2 in Schloßstraße. Die vermissten Sachen dürften von jemand bei Seite gebracht sein, der mit dem Vorfalle in keiner Verbindung steht.

Die elektrische Droschke ist für Berlin in Sicht. Das von elektro-technischen Fachwissenschaftlern schon lange angekündigte Zukunftsfahrzeug dürfte vielleicht in naher Zeit schon die Straßen Berlins durchfahren. Ein süddeutscher Erfinder ist beim Polizeipräsidenten vorstellig geworden, seine elektrische Droschke einer amtlichen Prüfung unterziehen und die Genehmigung zur Inbetriebstellung ertheilen zu wollen.

Marktpreise in Berlin am 14. Februar, nach Ermittlung des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 15,80—16,20 M., mittlerer von 15,10—14,80 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,60—13,50 M., mittlerer von 13,20—12,90 M., geringerer von 12,80—12,60 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,40 M., mittlerer von 15,30—14,70 M., geringer von 14,60—14,00 M. Straß, Rieth per 100 Kg. von 4,50—4,00 M. Heu per 100 Kilogr. von 6,80—5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rind-

fleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 8,00—3,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kase von 3,00—1,00 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 14. d. Mts. Vormittags fiel ein Feuerschloß von der Bellealliance-Brücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Abends sprang ein unbekannter Mann von der Augusta-Brücke in den Kanal und ertrank. — Vor dem Grundstücke Spittelmarkt 11 glitt ein Schneider aus und erlitt durch den Fall eine bedeutende Verletzung am Fuße, so daß er nach der Universitäts-Klinik gebracht werden mußte. — In seiner Wohnung in der Blumenstraße wurde ein Zimmermann erhängt vorgefunden. — An der Ecke der Straße Unter den Linden und der Friedrichstraße wurde eine Frau durch einen Kutscher überfahren und an beiden Beinen bedeutend verletzt. Sie wurde nach der Charite gebracht. — Ein Mädchen wurde in der Wohnung seiner Dienstherrschaft in Alt-Moabit todt aufgefunden. Dasselbe hat sich anscheinend durch Einathmen von Leuchtgas getödtet. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden vier kleine Brände statt.

Theater.

In Wallnertheater, das gegenwärtig unter Leitung der Verwaltung des Lessing-Theaters steht, gelangte am Dienstag zum ersten Male „Der Fall Clemenceau“ von Alexander Dumas und Armand d'Artois zur Aufführung. Das Schauspiel bedurfte lange Zeit ein Haupt-Reperertoirestück des Lessing-Theaters, dessen Hauptkräfte wir vorkern im Wallner-Theater wieder fanden. „Der Fall Clemenceau“ ist eines der Dumas'schen Problemstücke, Stücke, in denen er verwickelte Probleme weiter verwickelt, und die Lösung in einer gewalttätigen Pointe sucht. Clemenceau ist ein junger, talentvoller Bildhauer, der es bereits zu großem Erfolg gebracht hat. Seine Jugend hat er in gewissenhaftem Dienste der Kunst verbracht und sich eine strenge Sittlichkeit bewahrt. Er verliebt sich in ein junges Mädchen, die Tochter der polnischen Gräfin Dobronowska, die in bettelhaften Verhältnissen und aristokratischen Präntationen lebt, und auf die Schönheit ihrer Tochter Isabella alle möglichen Ausschüßler baut. Die Tochter kennt keine größere Sehnsucht, als aus dieser Weltexistenz herauszukommen und sie nimmt die Hand Clemenceau's an, nachdem sie ein Verhältnis mit einem russischen Jugendfreunde, der selbst den Bruch mit seiner Familie und die angedrohte Enterbung nicht scheut, abgebrochen. Isabella, oder wie sie von Mutter und Gatten genannt wird, Iza, zeigt sich gleich von Anfang mit einer so nackten Offenheit, wie sie eben aus dem Mangel jedes Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühls hervorgeht; Clemenceau in seiner Verblendung sieht darin jedoch nur ein Zeichen rührendster Anshuld. Die Entwidlung ist von Andrginu voraus zu sehen. Iza liebt zwar Clemenceau, soweit sie eben lieben kann. Als Serge zu ihr zurückkehrt, und zwar als Erbe der unermesslichen Reichthümer seines Vaters, knüpft sie wieder das Verhältniß mit ihm an. In der schamlosesten Weise betrügt sie ihren Mann und weiß sich gegen etwaige Aufklärung durch seine Freunde mit raffinirtester Persidie zu sichern. Ein Zufall läßt Clemenceau denn an ihm geübten Verrath entdecken; er trennt sich von ihr, die sich nunmehr anderwärts verkauft. Doch hängt er in Liebe an ihr und kehrt nach längerer Reise zu ihr zurück. Er will ihr alles vergeben, nur soll sie mit ihm Paris verlassen. Sie weigert sich dessen, erklärt ihn auch weiter zu lieben; sie halte sich selbst für unmoedig, noch länger die Frau eines ehrenwerthen Mannes zu sein; aber sie will seine Geliebte sein, über die er gebieten könne, wenn ihn die Lust anwoandele, sie zu sehen und zu besitzen. Von dieser Schamlosigkeit empört, nimmt er einen auf dem Tisch liegenden Dolch und ersticht sie. Auf das Herbeilaufen der Mutter und seines Freundes, der ihm zuruft: „Was halt Du gethan?“ antwortet er: „Eine Dirne getödtet — das ist alles!“ Mit diesen Worten schließt das Stück. Eine pointirte Phrase ist keine Lösung; so tief Iza auch dastehen mag, ist sie doch auch nur ein Produkt ihrer Erziehung und der Verhältnisse, in denen sie aufgewachsen. Im übrigen aber nimmt sie den Standpunkt ein, welchen die Männer der „Gesellschaft“, welche Dumas darstellt, für sich als berechtigt erachten und nur bei der Frau verwerfen. Die Männer, welche in dem Stücke als Ehrenmänner vom reinen Wasser erscheinen, wie Konstantin, halten sich für vollberechtigt, Frauen zu verführen, ohne sich den mindesten Vorwurf zu machen, falls sie nur nicht zu dem betrogenen Ehemann in besonderem Vertrauensverhältniß stehen.

Die Aufführung war größtentheils eine vorzügliche zu nennen. Fr. Jenny Groß gestaltete die Rolle der Iza mit dem ganzen Reiz des verderbten, schönen, und mit der anscheinendsten Naivität berechneten Weibes. Ebenso vorzüglich war die Darstellung der Gräfin Dobronowska durch Fr. Detsch. Die Rollen des Clemenceau (Herr Pechter), des Bildhauer Nieh (Herr Horn) und des Konstantin (Herr Molenaar) waren trefflich vertreten. —

Gerichts-Beitrag.

Wegen Verleitung fremder Kinder zum Diebstahl und wegen Hehlerei war die Federarbeiterin Elisabeth Proffert aus der Sedanstraße in Neu-Weißensee am Dienstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II angeklagt. Im Januar d. J. wurden in Weißensee zwei Kinder, ein 12jähriges Mädchen und ein 9jähriger Knabe bei einem Diebstahl abgefaßt. Die Kinder gefunden eine Reihe von Diebstählen ein und wollten die gestohlenen Sachen zu der Angeklagten gebracht haben, der sogar der Rath gebührte, welchen sie bei der Ergreifung mit sich führten. Eine Hausfuchung in der Proffert'schen Wohnung förderte eine Menge gestohlener Sachen zu Tage, von denen die 12jährige Hedwig Dimski viele Gegenstände sogar der eigenen Mutter gestohlen hat. Da das Mädchen schon früher wegen Diebstahls mit einem Verweise bestraft worden ist — für die letzten Fälle hat es vom Schöffengericht sechs Monate Gefängnis erhalten — so nahm der Gerichtshof an, daß es bei dem total verdorbenen und verlogenen Kinde der Anstiftung nicht bedürfte, in dieser Beziehung erfolgte Freisprechung, dagegen wurde die Angeklagte wegen gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt.

Gerade in den mit Arbeitern angefüllten Gegenden Berlins muß die Autorität der Sicherheitsbeamten aufrecht erhalten werden. Mit diesem sehr bezeichnenden Ausspruch war die Strafe motivirt worden, welche das Schöffengericht der Handelskammer Zichau wegen öffentlicher Verleumdung eines Polizeibeamten, großen Unfugs und Straßenpolizei-Konvention auferteigte hatte. Nach dem schöffengerichtlichen Urtheil sollte der Schutzmann Junfsch an der St. Andreas-Kirche Frau Zichau am Abend des 19. August v. J. mit ihrem Obstragen haltend gefunden haben. Auf seine Aufforderung, weiterzufahren, sah die Frau nach der Schillingbrücke gefahren sein, dort aber wieder mehrere Minuten gehalten haben. Als schließlich Junfsch, der sie von ferne eine Zeitlang beobachtet haben will, heranzutreten und sie

